

Strukturwandel und Industriepolitik im Ruhrgebiet

Ein historischer Überblick | April 2015

Inhalt

I. Historische und politische Rahmenbedingungen des Strukturwandels im Ruhrgebiet	3
II. Die Akteure im Strukturwandel	5
1. Gewerkschaften	5
2. Sozialdemokratie	5
3. Montanindustrie	5
4. Die Rolle der 68-Studentenbewegung	6
5. Die Kirchen im Strukturwandel	6
6. Akteure des zweiten Arbeitsmarktes	7
7. Die Linke	7
III. Der geordnete Rückbau der Montanindustrie	8
1. Die Abwicklung des Ruhrbergbaus	8
1.1. Die Anfänge der Kohlekrise	8
1.2. Die Gründung der Ruhrkohle AG (RAG)	9
1.3. Hüttenvertrag und nationale Kohlereserve	10
1.4. Jahrhundertvertrag, Kohlepfennig, EU Wettbewerbsrecht	11
1.5. Innerbetriebliche Maßnahmen der RAG	12
1.6. Von der Kohle zur Sonne	13
1.7. Interventionen der Linksfraktion im Bundestag	15
1.8. Zwischenfazit	16
2. Das Abschmelzen der Eisen- und Stahlindustrie	16
IV. Neuansiedlungen	17
1. Industrielle Neuansiedlungen	17
1.1. Das Opel-Werk in Bochum	17
1.2. Siemens und Blaupunkt	18
1.3. Von Graetz über SEL, Nokia und Blackberry zu VW	18
1.4. Opel Bochum im Detail – Konflikte um die Neuansiedlung	19
1.5. Der langsame Untergang des Bochumer Opel-Werks	20
1.6. Vorschläge der Linksfraktion im Bundestag zu Opel in der Krise	21

2. Zukunft im Dienstleistungssektor	24
2.1. Neue Mitte Oberhausen CentrO Oberhausen	24
2.2. Movie-Park Bottrop-Kirchhellen	25
2.3. Call Center – QVC in Bochum	26
2.4. Vom Stahlwerk zum LogPort	26
2.5. IBA – Internationale Bauausstellung Emscher-Park	27
2.5.1 Die Leitthemen der IBA	28
2.5.2. Das Solar-Energie-Cluster Gelsenkirchen	29
2.5.3. Die Arbeitsweise der IBA	30
2.6. "New Park"	31
V. Die Förderinstrumente der Öffentlichen Hand	32
1. Öffentliche Investitionen	32
2. Eine neue Universitäts- und Hochschullandschaft entsteht	33
3. Kommunale Wirtschaftsförderung, Technologie- und Gründerzentren	33
4. Gründungsoffensiven im Ruhrgebiet	34
5. Der zweite Arbeitsmarkt	34
6. Das Ruhrgebiet – eine politische Patchwork-Landschaft	35
6.1. Metropole Ruhr und europäische Kulturhauptstadt Ruhr 2010	35
VI. Fazit	46
VII. Literatur Web-Artikel	40
VIII. Autoren-Info	46

I. Historische und politische Rahmenbedingungen des Strukturwandels im Ruhrgebiet

Das Ruhrgebiet existiert als Industrieregion seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Es entstand, weil zwischen Ruhr und Lippe große und für die damalige technische Entwicklung gut zugängliche Steinkohlevorkommen vorhanden waren, die für die neu entstehende Industrie als Energiequelle gebraucht wurden.

Da es kostengünstiger war, Erze zu den Kohlenlagerstätten zur Weiterverarbeitung zu transportieren als der umgekehrte Weg, entstanden um den Bergbau herum schnell Hochöfen und Stahlwerke. Da Kohle auch ein Chemierohstoff ist, entstanden um den Bergbau herum zudem recht bald auch Chemiewerke. Insbesondere bei der Herstellung von Koks entstehen "Abfallprodukte", die sich zu einer Vielzahl von chemischen Produkten weiterverarbeiten lassen. In Folge der sprunghaften Ausweitung der Elektrifizierung nach dem 1. Weltkrieg wurde Steinkohle dann auch in zunehmend größeren Mengen für die Stromgewinnung eingesetzt.

Die im Ruhrgebiet entstandene Industriestruktur hing folglich als ganze in sehr hohem Maße von der Kohle als Grundstoff ab.

Nach dem 2. Weltkrieg setzten dann Veränderungen ein, die diese auf die Kohle ausgerichtete Industrielandschaft tiefgreifend verändert hat. In der Gegenwart sind nur noch wenige Restbestände dieser alten Struktur vorzufinden.

Es gibt dafür mehrere Ursachen. Eine dieser Ursachen ist geologischer Natur. Die Kohlenvorräte sind naturgemäß begrenzt. Zwischen Ruhr und Lippe sind heute kaum noch abbaufähigen Kohlenvorräte vorhanden. Nördlich der Emscher gibt es bis hin zur Nordsee zwar noch erhebliche Kohlenvorräte. Sie befinden sich allerdings in Tiefen, die die Abbaukosten in eine Höhe treiben, die weit über den gegenwärtigen Weltmarktpreisen für Kohle liegen.

Die zweite Ursache ist politischer Natur. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs brach die Kohlenproduktion¹ in Deutschland nahezu zusammen: von 127 Millionen Tonnen in 1938 auf 33 Millionen Tonnen 1945. Um den Markt in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus einigermaßen mit Kohle – damals die Schlüsselenergie – zu versorgen, wurde 1947 die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) gegründet. Die DKBL hat die Kohleförderung und die Versorgung des Marktes gesteuert und sicher gestellt. 1951 wurde von den Ländern Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die auf eine Integration der Kohle- und Stahlmärkte dieser sechs Länder zielte. Im Zuge der späteren Entwicklung der EU und des Binnenmarktes (seit 1993) wurde die staatliche Subventionierung des Steinkohlenbergbaus reglementiert. 2018² läuft sie definitiv aus. Danach wird die Kohlenproduktion vollends dem Markt überlassen, was angesichts der Weltmarktpreise für Steinkohle das definitive Ende des Ruhrbergbaus bedeutet.

Eine weitere Ursache liegt in der Veränderung des Energiemarktes. Bis weit in die 1950er Jahre hinein war die Steinkohle der Hauptenergieträger für die Industrie wie auch für die privaten Haushalte³. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre begann eine Ausdifferenzierung des

1. Vgl. Artikel Ruhrbergbau: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrbergbau>

2. Beschluss des Rates vom 10. Dezember 2010 über staatliche Beihilfen zur Erleichterung der Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke (2010/787/EU), Artikel 3 Stilllegungsbeihilfe. <http://eur-lex.europa.eu/procedure/DE/199550>

3. Stahlmann / Wendt-Kleinberg, S. 166

Energiemarktes: Erdöl, Erdgas, Atomenergie und später dann auch regenerative Energien haben mehr und mehr die Kohle als Energieträger ersetzt⁴.

Vor diesem Hintergrund war ein Strukturwandel im Ruhrgebiet unvermeidlich. Die Frage war nur, wie er zu organisieren war. Dass der Strukturwandel nicht primär dem Markt überlassen, sondern politisch gestaltet wurde, verdankt sich einerseits der Montanmitbestimmung⁵ vom 10. April 1951. Die Montanmitbestimmung sieht eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte und Vorstände vor, das heißt, sie werden zu gleichen Teilen von Vertretern der Kapitalseite und der Arbeitnehmerseite besetzt. Um Pattsituationen zu vermeiden, kommt noch eine so genannte neutrale Person als Vorsitzender hinzu. In der Praxis hat im Regelfall die IGBE⁶ den Vorsitzenden bestimmt. Die Montanmitbestimmung, der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad von über 90 % in den Betrieben und die enge Verknüpfung zwischen IG Bergbau und SPD hat der Arbeitnehmerseite einen sehr hohen Einfluss auf die Gestaltung des Strukturwandels im Ruhrgebiet ermöglicht.

Auf der anderen Seite gab es aus politischer Sicht ein hohes Interesse, den Prozess des Strukturwandel politisch und sozial steuerbar und beherrschbar zu halten. 1950 zählte das Ruhrgebiet 145 Schachtanlagen mit 435 Tausend Beschäftigten. Hinzu kamen damals noch 63 Kokereien und 22 Brikettfabriken⁷. Die vom Bergbau abhängigen Wirtschaftsbereiche zählen mindestens noch einmal so viele Beschäftigte. Die Eisen und Stahl erzeugende Industrie als die zweite Seite der Montanindustrie ist hierbei noch nicht mitgerechnet. Die Einwohnerzahl des Ruhrgebiets lag 1950 bei knapp 3,9 Millionen⁸.

So wurde in einem sozialpartnerschaftlichen bzw. kooperatistischen Dreieck von Montanindustrie, Politik und Gewerkschaften seit den 1950er Jahren eine Reihe von politischen Instrumenten und Maßnahmen entwickelt, um den Strukturwandel zu organisieren. Man kann diese Instrumente und Maßnahmen als in zwei gegenläufige Richtungen gleichwohl parallel zueinander verlaufenden Linien darstellen: Eine Linie verfolgt den geordneten Abbau der Montanindustrie. Und die gegenläufige Parallele verfolgt das Ziel, Ersatz zu schaffen für die wegfallenden Arbeitsplätze der Montanindustrie und den Wirtschaftsstandort Ruhrgebiet zukunftsfähig zu machen.

Diese beiden Linien sollen im folgenden skizziert und bewertet werden.

4. Vgl. Artikel Kohlekrise: <http://de.wikipedia.org/wiki/Kohlekrise>

5. Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 10. April 1951.

6. 1946 als Industrieverband Bergbau neu gegründet, 1948 umbenannt in IG Bergbau, 1960 umbenannt in IG Bergbau und Energie – IGBE – und ab 1997 IG Bergbau, Chemie, Energie – IG BCE.

7. Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. Sofern keine anderen Quellen genannt sind, sind alle hier und im folgenden genannten, den Bergbau betreffende Zahlen Statistiken des Deutschen Steinkohlenverbandes entnommen. Webseite: <http://www.gvst.de>

8. Chronik des Ruhrgebiets, 1987, S. 632; dort finden sich auch die Angaben zum Einzugsgebiet.

II. Die Akteure im Strukturwandel

Bevor es um die Maßnahmen und Instrumente des Strukturwandels geht, soll hier zunächst auf die Akteure eingegangen werden.

Das Dreieck aus Montanindustrie, Bergarbeitergewerkschaft und SPD wurde schon angesprochen. Trotz aller Interessenunterschiede dieser drei Akteure gab es ein zentrales gemeinsames Interesse: Der möglichst lange Fortbestand der bestehenden Industriestruktur. Davon haben alle drei Akteure des Dreiecks – wenn auch in unterschiedlicher Weise – profitiert.

1. Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsseite, die auf einen extrem hohen Organisationsgrad in den Betrieben verweisen konnte, hat im Rahmen ihrer sozialpartnerschaftlichen Interessenvertretungspolitik viele Arbeitsplätze über mehrere Jahrzehnte länger halten können, als es unter anderen politischen Konstellationen möglich gewesen wäre, wie das Beispiel des Bergbaus im Vereinigten Königreich zeigt. Dort hat die gänzlich andere, konfrontative Strategie der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM⁹ 1984 zu einem einjährigen Streik geführt. Die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher, die ebenso konfrontativ vorging wie die NUM, hat diesen Konflikt genutzt, den englischen Bergbau bis auf wenige Reste in diesem Streikjahr ohne die im Ruhrgebiet angefallenen Schließungskosten zu beenden und die Bergleute in eine oft langjährige Arbeitslosigkeit und Armut zu schicken. Im Ruhrgebiet konnte die Bergarbeitergewerkschaft trotz aller Krisen überdurchschnittlich gute Lohn- und Arbeitsbedingungen durchsetzen und später einen sozial gut abgedeckten Arbeitsplatzabbau.

Gleichzeitig war es leichter, in den Großunternehmen der Montanindustrie einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad sicherzustellen als in Kleinbetrieben. Das trug wesentlich zu einer stabilen sozialen und ökonomischen Basis der IGBE und der IG Metall bei. Die IGBE war geschickt genug, in dieses Interessengeflecht immer auch einzelne CDU-Politiker als Mitglieder von Leitungsgremien einzuweben. In der Regel hatten die Gewerkschaftsmitglieder jedoch ein SPD-Mitgliedsbuch. Das sicherte der IGBE bis etwa Mitte der 1990er Jahre einen dominierenden politischen Einfluss in den Räten der Ruhrgebietsstädte und im nordrhein-westfälischen Landtag.

2. Sozialdemokratie

Für die SPD war dieser Umstand wiederum über Jahrzehnte hinweg die Grundlage für absolute Mehrheiten auf kommunaler und landespolitischer Ebene. Die SPD sorgte im Gegenzug zuverlässig dafür, dass sich keine "industriefeindliche" Politik in NRW durchsetzen konnte. Spätestens seit der NRW-Landtagswahl von 2005 ist dieses Politikmodell allerdings in eine tiefe und nicht mehr übersehbare Krise geraten.

3. Montanindustrie

Die Montanindustrie hat durch diese dominante Struktur viel länger, als es unter anderen politischen Konstellationen möglich gewesen wäre, ihre traditionellen Modelle der Kapitalverwertung nutzen können. Sie hat diese komfortablen politischen Bedingungen zu schätzen gewusst – zumal kostenträchtige Arbeitskämpfe unter diesen politischen Rahmenbedingungen Ausnahmeerscheinungen geblieben sind. Deshalb hat die Montanindustrie dieses

9. NUM = National Union of Mineworkers

spezifische Interessengeflecht gut gepflegt, indem sie das Engagement von Belegschaftsmitgliedern in Stadträten, im Landtag von NRW und im Bundestag aktiv unterstützt hat.

Selbstverständlich haben auch die Wirtschaftsverbände (IHKs, Handwerkskammern) eine Rolle gespielt, aber nur im Windschatten der Montanindustrie.

4. Die Rolle der 68-Studentenbewegung

In diesem engen Interessengeflecht hat die 68er-Studentenbewegung keinen Platz gehabt. Gleichwohl hat auch sie eine Rolle gespielt. 1965 hat die Ruhruniversität in Bochum ihren Lehrbetrieb aufgenommen. Viele der damals Studierenden haben sich intensiv mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen im Ruhrgebiet befasst und aktiv Kontakt zu Gewerkschaften gesucht mit dem Ziel, ihre revolutionären Ideen in die Betriebe zu tragen.

Einige der damals Studierenden haben nach Studienabschluss bewusst keine akademische Laufbahn eingeschlagen, sondern sind als Arbeiter in Betriebe gegangen. Sie haben zwar nicht wie anfangs gehofft die 68er-Bewegung in die Betriebe tragen können. Aber sie haben sich in der Regel als bewusst linke Gewerkschafter sehr aktiv in die Betriebsratsarbeit eingebracht, teils auch oppositionelle gewerkschaftliche Gruppen gegründet und so zu einem vergleichsweise hohen Grad von Politisierung der Betriebsratsarbeit in den großen Unternehmen beigetragen. Aus diesem Blickwinkel also haben Vertreter der 68er-Bewegung den Strukturwandel kritisch begleitet und kommentiert.

5. Die Kirchen im Strukturwandel

Ein weiterer Akteur im Strukturwandel waren und sind die Kirchen. Sie haben sich auf mehreren Ebenen aktiv am Strukturwandel beteiligt: auf betrieblicher und gesellschaftliche Ebene sowie als Arbeitgeber.

1949 wurde die Gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau und bei Opel (ab den 1970er Jahren), kurz: GSA¹⁰, gegründet. Getragen wird diese betriebsbezogene Arbeit durch die Evangelische Kirche von Westfalen, die Evangelische Kirche im Rheinland, das Ruhrbistum Essen und das Bistum Paderborn, zu dem das östliche Ruhrgebiet gehört. In organisatorischer und finanzieller Kooperation mit Opel Bochum und der Ruhrkohle AG (RAG) führte und führt die GSA regelmäßig Seminare mit Werksangehörigen durch, auf denen arbeitnehmerorientiert unternehmens- und betriebsinterne Fragen und Konflikte bearbeitet werden. Dazu gehören auch die Abbau- und Umbauprozesse in den Unternehmen im Zuge des Strukturwandels. Die Arbeit der GSA ist zwar nicht unumstritten¹¹, sie hat aber wesentlich dazu beigetragen, dass die Beschäftigten der RAG und von Opel Bochum intensiv und regelmäßig über die Veränderungs- und Abbauprozesse informiert und frühzeitig in dieses Prozesse eingebunden wurden. Ein Vorgehen, das in anderen Unternehmen keineswegs selbstverständlich war bzw. ist.

10. Mehr Hintergrundinformationen dazu liefert die Dissertation von Marlis Hennig: Die gemeinsame Sozialarbeit der Konfession im Bergbau (GSA) : eine Untersuchung zur christlichen Mitverantwortung im Bergbau, Bochum 1995. Der Band von Michael Stahlmann und Walter Wendt-Kleinberg "Zwischen Engagement und innerer Kündigung" gibt ebenfalls Einblicke in diese Arbeit.

11. Vgl. Jürgen Klute: 50 Jahre Scheinheiligenlehrgänge. In: AMOS Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, Nr. 3 / 2000, S. 18f.

Auf gesellschaftlicher Ebene haben die beiden Kirchen vor Ort – wo vorhanden in Federführung der evangelischen Industrie- und Sozialarbeit bzw. der katholischen Betriebsseelsorge – vor allem die Zechenschließungen und den Personalabbau in den großen, teils aber auch in kleinere Unternehmen öffentlich und solidarisch im Sinne der Beschäftigten begleitet und immer wieder den Ersatz weggefallener Arbeitsplätze eingefordert. Höhepunkte dieses Engagements waren die so genannten Kohlerunden, in denen mit der Bundesregierung die politischen Rahmenbedingungen für den Rückbau des Bergbaus ausgehandelt wurden. Bei der letzten großen Kohlerunde 1997 haben viele Kirchengemeinden dazu beigetragen, dass eine Menschenkette, die zur Unterstützung der Forderungen der Bergleute das Ruhrgebiet von Ost nach West durchzogen hat, nahezu lückenlos zustande kam. Zeitgleich haben viele Kirchengemeinden mit Solidaritätsgottesdiensten diese Aktion unterstützt. Auf diese Weise haben die beiden Kirchen dazu beigetragen, dass die Forderungen und sozialen Interessen der vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmer weit über die Betriebe hinaus bekannt gemacht wurden und eine breite gesellschaftliche Unterstützung gefunden haben.

1995 haben die evangelischen Kirchenkreise im Ruhrgebiet auf eigenen Kosten vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie unter dem Titel "Ist ein sozial- und klimaverträgliches Zukunftskonzept für die deutsche Kohle realisierbar?" eine Studie ausarbeiten lassen, die ein industriepolitisches Konzept enthielt, das eine sozial- und umweltverträgliche Zukunft für den Ruhrbergbau skizziert hat. Ziel dieser Studie war es, dem extensiv betriebenen Ausspielen von sozialen Interessen der Bergarbeiter gegen ökologische Notwendigkeiten angesichts des Klimawandels eine praktikable Alternative entgegenzusetzen, die diese beiden Interessen konstruktiv miteinander verbindet. Dazu mehr im Kapitel Von der Kohle zur Sonne ab Seite 13.

6. Akteure des zweiten Arbeitsmarktes

Darüber hinaus haben sich die katholische und die evangelische Kirche mit ihren Bildungseinrichtungen und ihren Wohlfahrtsverbänden Caritas und Diakonie als Träger von Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Sozialstationen, etc. zu Organisationen entwickelt, die heute in der Summe zu den bedeutendsten Trägern von Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet gehören.

Eine wichtige Rolle haben auch sozio-kulturelle Initiativen, Wohlfahrtsverbände und Kommunen als Träger von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten gespielt, die teils die Größe mittelständischer Unternehmen erreicht haben. Diese Initiativen im Rahmen eines so genannten zweiten Arbeitsmarktes sind aber fast gänzlich den tiefgreifenden Arbeitsmarktreformen (auch Hartz-Reformen genannt) der rot-grünen Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 zum Opfer gefallen.

7. Die Linke

Da die Linke erst 2007 gegründet wurde, spielt sie als Akteur im Strukturwandel des Ruhrgebiets erst seit vergleichsweise kurzer Zeit eine Rolle. Sie hat zu Opel Bochum und zur RAG industriepolitische Überlegungen entwickelt, die bisher allerdings nur eine geringe Resonanz in der politischen Debatte um die Zukunft des Ruhrgebiets gefunden haben. Mehr dazu auf den Seiten 15 f. und 21 ff.

III. Der geordnete Rückbau der Montanindustrie

1. Die Abwicklung des Ruhrbergbaus

1.1. Die Anfänge der Kohlekrise

In den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg und der Gründung der Bundesrepublik war Steinkohle der wichtigste Energielieferant. Die deutsche Kohleförderung stieg zwar Dank technischer Modernisierung von 1945 an von 33 Millionen Tonnen¹² auf einen Förderhöhepunkt von 123 Millionen Tonnen in 1957. Da der Ruhrbergbau den vorhandene Energiebedarf bis in die erste Hälfte der 1950er Jahre dennoch nicht abdecken konnte, wurde zusätzlich Kohle vor allem aus den USA importiert, und zuzunehmen auch Erdöl und Erdgas.

Ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre überstieg das Angebot von Energieträgern deren Nachfrage auf dem bundesdeutschen Energiemarkt. Diese Entwicklung führte zu einer verschärften Konkurrenz zwischen den billigeren Energieimporten und der teureren Ruhrkohle mit der Folge, dass der Absatz der im Ruhrgebiet geförderten Steinkohle dramatisch zurückging – bei gleichzeitig weiter steigender Produktivität im Ruhrbergbau aufgrund verbesserter Gewinnungstechnik.

Anfangs wurde in der Hoffnung auf eine schnelle Normalisierung der Absatzlage auf Halde gefördert. Ende 1958 türmten sich im Ruhrgebiet Kohlenhalden mit einem Gesamtvolumen von über 13 Millionen Tonnen auf (vgl.: Lohn der Angst, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42621099.html>). Die Menge der auf Halden gelagerte Kohle übertraf damit ein Zehntel der 122 Millionen Tonnen Kohle, die im selben Jahr insgesamt gefördert wurde.

Die Hoffnung auf eine baldige Überwindung des Absatzeinbruchs der im Ruhrrevier geförderten Kohle erwies sich offensichtlich als Trugschluss. In der Folge verschärfte sich die Lage weiter. Es kam zu einem ersten groß angelegten Stellenabbau im Ruhrbergbau. Einerseits wurden durch einen Einstellungsstopp 1958/59 mehr als 16.000 Arbeitsplätze im Ruhrbergbau abgebaut (vgl. Lohn der Angst; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42621099.html>). Gleichzeitig wurden ab Februar 1958 so genannte Feierschichten, also Kurzarbeit, eingeführt. Die Feierschichten waren zwar mit spürbaren Lohneinbußen verbunden, aber den Bergleuten blieb immerhin ihr Arbeitsplatz erhalten. Bis Mitte des Jahres 1959 wurden rund 5 Millionen Feierschichten (Mann-Schichten) verfahren.

Die Krise erlebte einen weiteren Höhepunkt, als es im September 1958 in Hattingen zur ersten Stilllegung einer Schachanlage kam. Ende Juni 1959 wurde eine weitere Schachanlage in Duisburg-Hamborn geschlossen (vgl. Abschnitt "Kohlenkrise" in <http://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrbergbau>). Der Druck auf die Bergarbeiter und auf die IG-Bergbau erhöhte sich zusätzlich durch den Umstand, dass die Kohlenflöze im südlichen Ruhrgebiet zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend erschöpft waren. Ein zusätzlicher dramatischer Arbeitsplatzabbau aus geologischen Gründen war zu dieser Zeit also schon absehbar.

Am 26. September 1959 reagierte die IG-Bergbau auf diese Entwicklungen mit einer Demonstration in Bonn. An dieser Demonstration in der damaligen Hauptstadt der Bundesrepublik beteiligten sich rund 60 Tausend der gut 428 Tausend Belegschaftsmitglieder, die der Ruhrbergbau 1959 zählte. Die damalige Regierung reagierte zunächst ablehnend auf die Forderung der IG-Bergbau nach protektionistischen Maßnahmen zum Schutz der Ruhrkohleförderung. Trotzdem begrenzte die Bundesregierung von 1959 an den Import von Kohle und

12. Alle Tonnage-Angaben als tvk = Tonnen verwertbarer Kohle.

fürte Zölle auf Kohlenimporte ein. Auf kommunaler Ebene begann man im Ruhrgebiet, sich um Neuansiedlungen von Unternehmen zu bemühen. Darauf wird in Kapitel "IV Neuansiedlungen" genauer einzugehen sein.

1.2. Die Gründung der Ruhrkohle AG (RAG)

Das wichtigste und bis heute zentrale Instrument zur Organisation eines geordneten Rückbaus des Steinkohlenbergbaus, dass die IG-Bergbau durchsetzen konnte, war die Gründung der Ruhrkohle AG (RAG). Dies gelang allerdings nicht im ersten Anlauf, sondern erst nach mehrjähriger Vorbereitungszeit. Im ersten Schritt hatten die Zechenbetreiber 1963 einen Rationalisierungsverband¹³ gegründet. Dann verabschiedete der Bundestag 1964 das Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau. Mit diesen Maßnahmen wurde die Kohlegewinnung rationalisiert und verbilligt.

Beide Maßnahmen zielten ausschließlich auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Dem gewerkschaftlichen Interesse an der Sicherung von Arbeitsplätzen entsprachen diese Maßnahmen jedoch nicht. Die IG-Bergbau drängte daher auf weitergehende Maßnahmen.

Am 27. November 1968 wurde dann die RAG¹⁴ als Konsolidierungsunternehmen für den deutschen Steinkohlenbergbau gegründet. Vertragspartner für die der RAG beitretenden Bergbauunternehmen waren die RAG und die Bundesrepublik Deutschland, die die Bürgschaft für die Altschulden der alten Unternehmen übernommen hat. Die Gründungsunternehmen repräsentierten 85 % der damaligen Kohleförderung jährlichen Kohleförderung von 91 Millionen Tonnen. Da nicht alle Unternehmen mit der Mitbestimmungsstruktur der neuen Gesellschaft einverstanden waren und es auch Unstimmigkeiten bezüglich der Beteiligungsquoten am Kapital der Gesamtgesellschaft gab, blieben zunächst einige Unternehmen außen vor. Im Oktober 1969 traten jedoch 6 weitere Bergbauunternehmen der RAG bei. Damit erhöhte sich der Förderanteil der RAG auf 94 % der Gesamtkohleförderung im Ruhrbergbau. 1971 wurde die RAG in sechs Betriebsgesellschaften gegliedert¹⁵. Zum Vergleich: Die Gesamtkohleförderung in der Bundesrepublik betrug im gleichen Jahr 112 Millionen Tonnen. Weitere Steinkohlenförderung gab es derzeit noch im Saarland, in Aachen und in Ibbenbüren.

Die Arbeitnehmerseite und die IG-Bergbau haben sich in der RAG einen sehr hohen Einfluss gesichert. Einerseits unterliegt die RAG der Montanmitbestimmung. Darüber hinaus wurde im Gesamtunternehmen und auf jeder einzelnen Schachtanlage die Stelle eines Personal- und Sozialdirektor installiert. Das Recht zur Besetzung dieser Leitungsposition liegt uneingeschränkt bei der IG-Bergbau bzw. heute bei der IGBCE.

Die Mitarbeitenden der einzelnen Schachtanlagen wurden mit Gründung der Ruhrkohle AG Mitarbeiter der Ruhrkohle AG. Damit war die Voraussetzung geschaffen, dass im Falle weiterer Zechenschließungen, die dann auch folgten, die Belegschaften nicht mehr in die Arbeitslosigkeit entlassen werden mussten. Da die Ruhrkohle AG als Eigentümerin der geschlossenen Anlage weiterhin bestand, wurde die Belegschaft einer geschlossenen Schachtanlage auf die anderen Zechen der Ruhrkohle AG verteilt. Das geschah jeweils unter Beibehaltung der bisherigen Arbeitsbedingungen.

13. Siehe: Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus: http://de.wikipedia.org/wiki/Rationalisierungsverband_des_Steinkohlenbergbaus

14. Siehe: RAG Aktiengesellschaft: http://de.wikipedia.org/wiki/RAG_Aktiengesellschaft

15. Chronik des Ruhrgebiets, 1987, S. 549

1.3. Hüttenvertrag und nationale Kohlereserve

Im Jahr nach ihrer Gründung schloss die Ruhrkohle AG mit den deutschen Hüttenbetrieben den so genannten Hüttenvertrag¹⁶ ab. Dieser galt zunächst bis 1985 und wurde dann bis zum Jahre 2000 verlängert. Nach seinem Auslaufen schloss die RAG nur mehr Einzelverträge mit Stahlunternehmen ab. Im Hüttenvertrag verpflichteten sich die deutschen Hüttenbetriebe, ihren Bedarf an Steinkohle bzw. Kokskohle bei der Ruhrkohle AG einzukaufen.

Nachdem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ab 1956 die Preisbindung für Kohle aufhob, überstieg der Preis der Ruhrkohle deutlich die Preise, zu denen Importkohle aus außereuropäischen Ländern weiterhin angeboten wurde.

Der Preisunterschied zwischen dem Weltmarktpreis für Kohle – d.h. der Preis, zu dem Steinkohle im Rotterdamer Hafen verkauft wird – und der Ruhrkohle wurde durch die staatlich finanzierte Kokskohlenbeihilfe ausgeglichen. Da es trotz des Hüttenvertrages immer wieder zu Absatzkrisen im Ruhrbergbau kam, hat die Bundesregierung 1976 eine Regelung getroffen, um diese Absatzkrisen abzufedern: die nationale Kohlereserve¹⁷. Es wurden rund 1,5 Milliarden DM (0,77 Milliarden Euro) zur Verfügung gestellt, um eine Reserve in Form von Kohlenhalden in einem Gesamtvolumen von bis zu 10 Millionen Tonnen aufzubauen. Das Argument, eine eigene Kohlenproduktion sei nötig, um auch in Zeiten politischer Krisen eine Energieversorgung sicherstellen zu können, wurde von den Protagonisten der Ruhrkohle AG immer wieder als Begründung für die Legitimität der staatlichen Subventionen für den Bergbau vorgetragen.

1.4. Jahrhundertvertrag, Kohlepfennig, EU Wettbewerbsrecht

Die zweite tragende Säule für die Ruhrkohle AG war und ist der Absatz von Kraftwerkskohle. Die vertragliche Grundlage für diese zweite Säule war der 1977 abgeschlossene so genannte Jahrhundertvertrag¹⁸, in dem die Ruhrkohle AG und die Betreiber von Kohlekraftwerken vereinbarten, dass die Kraftwerksbetreiber vorrangig heimische Steinkohle zur Stromproduktion einsetzen. Der Vertrag war zunächst für eine Laufzeit von 10 Jahren abgeschlossen worden, 1980 wurde seine Gültigkeit bis zum Jahre 1995 ausgeweitet. Die Stromproduzenten verpflichteten sich im Jahrhundertvertrag, jährlich mindestens 40,9 Millionen Tonnen Steinkohle von der Ruhrkohle AG abzunehmen. In der Kohlerunde von 1991 wurde die Abnahmeverpflichtung auf 35 Millionen Tonnen Steinkohle pro Jahr reduziert.

Beim Jahrhundertvertrag bestand das gleiche Problem wie beim Hüttenvertrag: die Differenz zwischen dem Kohlepreis im Hafen von Rotterdam und dem Preis der Ruhrkohle. Zum Ausgleich dieses Preisunterschiedes wurde ab 1975, also noch vor Abschluss des Jahrhundertvertrages, von allen privaten Kunden der so genannte "Kohlepfennig"¹⁹ erhoben (nach der Vereinigung allerdings nur in den alten Bundesländern). Die Rechtsgrundlage für den Kohlepfennig, der offiziell "Ausgleichsabgabe zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung"

16. Vgl. Hüttenvertrag: <http://de.wikipedia.org/wiki/Hüttenvertrag>

17. Vgl. Kohlehalden. Zaster für Zechen. Wie aus der Überproduktion eine nationale Kohlereserve geschaffen werden soll. In: Die Zeit Nr. 43 / 15.10.1976 <http://www.zeit.de/1976/43/zaster-fuer-zechen>

18. Vgl. Jahrhundertvertrag: <http://de.wikipedia.org/wiki/Jahrhundertvertrag>

19. Vgl. Kohlepfennig: Wirtschaftslexikon 24 <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/kohlepfennig/kohlepfennig.htm>

hieß, bildete das Dritte Verstromungsgesetz. In 1975 belief sich diese Ausgleichsabgabe auf 780 Million DM (398,8 Millionen Euro). Bis 1992 stieg sie auf 5,5 Milliarden DM (2,81 Milliarden Euro) an.

Ein Gerichtsverfahren²⁰ stellte diese Verfahren später in Frage: 1982 verweigerte ein Stromkunde aus Moers (Ruhrgebiet) die Zahlung des Kohlepfennigs an seinen Stromlieferanten RWE. Dieser Rechtskonflikt gelangte schließlich vor das Bundesverfassungsgericht (BVerfG). In seinem Beschluss²¹ vom 11. Oktober 1994 stellte der 2. Senat des BVerfG fest, dass der Kohlepfennig verfassungswidrig und seine Erhebung spätestens zum 31. Dezember 1995 einzustellen ist.

Noch eine kurze Anmerkung zu dieser Entscheidung. Es gab immer Kritik an der Kohlepolitik in NRW. Von liberaler Seite wurde diese Politik als Verstoß gegen die Marktwirtschaft gewertet. Zudem, so argumentierten liberale Politiker, fehle das Geld, das für die Kohlepolitik ausgegeben wird, für zukunftsfähige Projekte. Dennoch fand die Kohlepolitik einschließlich des Kohlepfennigs über einen langen Zeitraum eine breite gesellschaftliche und institutionelle Zustimmung. Es war weitgehend Konsens, dass es eine gesellschaftliche Verantwortung gibt für die von die vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmer. Sogar in einer Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 1973, "Soziale Sicherung im Industriezeitalter", wurde dieses Thema aus einer sozialetischen Perspektiv intensiv beleuchtet und eine gesellschaftliche Verantwortung für die Folgen des Strukturwandels eingefordert, da ein Strukturwandel ein Prozess ist, der sich aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ableitet. Eine Forderung, die sich an politische wirtschaftliche Entscheidungsträger richtete. Das Urteil des BVerfG markiert einen Bruch dieses gesellschaftlichen Konsenses in der Kohle und Industrie-Politik, der mit diesem Urteil öffentlich wurde und der weit über die Frage nach der Legitimität des Kohlepfennigs hinausreichte. Vollends sichtbar wurde dieser Bruch mit den rot-grünen Arbeitsmarktreformen, die nur wenige Jahre später durchgesetzt wurden und den Schwerpunkt auf die Eigenverantwortung der vom Strukturwandel Betroffenen verschob.

Doch zurück ins Jahr 1994. Durch das Urteil des BVerfG wurden Folgeregelungen für den Kohlepfennig erforderlich, um einen sofortigen Zusammenbruch des Bergbaus im Ruhrgebiet zu verhindern.

Diese Folgeregelungen mussten nun auch in Einklang mit weiteren neuen Rahmenbedingungen gebracht werden. 1993 wurde mit dem Europäischen Binnenmarkt ein EU-weites Wettbewerbsecht geschaffen. Dieses sah auch Gemeinschaftsregelungen für staatliche Beihilfen für den Steinkohlenbergbau vor.

Der Bundestag reagierte 1994 mit dem Gesetze zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle, dem Stromeinspeisegesetz (das sogenannte Artikelgesetz) und einer Änderung des Atomgesetzes und schuf damit die Rechtsgrundlage für eine weitere Subventionierung des Steinkohlenbergbaus ab 1996. Für einen Zeitraum von 10 Jahren wurde eine jährliche Obergrenze für Subventionen in Höhe von 7.5 Milliarden DM (3,83 Milliarden Euro) festgelegt. 2006 wurde eine Anschlussregelung für Kohlesubventionen verabschiedet. Sie sieht ein Auslaufen des subventionierten Steinkohlenbergbaus in Deutschland bis Ende 2018 vor. Die Subventionen werden jährlich reduziert und dienen vor allem der Finanzierung der

20. Vgl. Energiepolitik: Gegen den Rest der Welt. Ein Rentner vom Niederrhein ist schuld am Problem der Regierung mit dem Kohlepfennig. Der Spiegel 13 / 27.03.1995 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9176268.html>

21. BVerfG, 11.10.1994 - 2 BvR 633/86

Zechenschließungen. Am 10. Dezember 2010 hat der EU-Rat²² die wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen für eine Fortsetzung der Kohlesubventionen bis 2018 geschaffen.

Die geordnete Abwicklung des Ruhrbergbaus, die mit der Gründung der Ruhrkohle AG (1998 wurde der Kohlebereich aus der mittlerweile stark diversifizierten Ruhrkohle AG in die Deutsche Steinkohle AG (DSK) ausgegründet) begann, hat sich damit über einen Zeitraum von fast exakt 50 Jahren erstreckt. Mit dem Ende des Ruhrbergbaus endet allerdings nicht die Geschichte der DSK. Da noch über einen nicht absehbaren Zeitraum Kosten für die Behebung von Bergschäden infolge des Bergbaus anfallen werden, die so genannten Ewigkeitskosten²³, wurde die DSK – mittlerweile heißt sie RAG Deutsche Steinkohle AG – in die am 26. Juni 2007 RAG-Stiftung²⁴ überführt, der u.a. die Aufgabe übertragen wurde, den Steinkohlenbergbau bis 2018 abzuwickeln und danach für die Ewigkeitskosten aufzukommen aus dem bis 2018 aufgebautem Kapital.

1.5. Innerbetriebliche Maßnahmen der RAG

Trotz aller staatlichen Maßnahmen zur Stabilisierung und Förderung des Absatzes der Ruhrkohle war der jahrzehntelange Abwicklungszeitraum von einem ständigen Personalabbau begleitet. 1968 zählte der Ruhrbergbau noch 210 Tausend Beschäftigte und erzielte eine Jahresförderung von 91 Millionen Tonnen verwertbarer Steinkohle. 2014 war die Zahl der Beschäftigten auf 9.500 gesunken bei einer Jahresförderung von knapp 5,7 Millionen Tonnen.

Im Durchschnitt sind damit von 1968 bis 2014 jährlich 4.300 Arbeitsplätze im Ruhrbergbau abgebaut worden. Dieser Abbau erfolgte im wesentlichen ohne Entlassungen in die Arbeitslosigkeit. Das erforderte und erfordert noch bis 2018 eine ganze Reihe betriebsinterner Maßnahmen. Es würde den Rahmen dieser Studie übersteigen, diese Maßnahmen im Detail darzustellen. Ausführlich dargestellt wurden sie von Walter Wendt-Kleinberg in dem Band "Zwischen Engagement und innere Kündigung"²⁵.

Wie angedeutet hat sich die RAG zu einem transnationalen Konzern entwickelt mit mehreren hundert Unternehmensbeteiligungen, darunter eine Reihe von Unternehmen mit Sitz im Ruhrgebiet. Zum einen nutzte die RAG/DSK diese Konzernstruktur, um Bergarbeitern Konzernen intern andere Arbeitsplätze anzubieten.

Zum anderen wurden verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung entwickelt. Eine Form war die Kurzarbeit (Feierschichten), die eine wöchentliche oder monatliche Form der Arbeitszeitverkürzung kombiniert mit einer Einkommenskürzung.

Die zweite Form der Arbeitszeitverkürzung stellt die Frühverrentung dar. Für untertägig Beschäftigte besteht die Möglichkeit nach 20-jähriger Betriebszugehörigkeit mit 50 Jahren (zeitweilig sogar mit 48 Jahren) in Rente zugehen. In den ersten fünf Jahren erhielten diejenigen, die diese Möglichkeit genutzt haben, eine aus Mitteln des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle gezahlte Leistung an Stelle ihres Lohnes. Danach erhielten sie von der Bundesknappschaft für weitere fünf Jahre eine so genannte Knappschaftsausgleichleistung. Mit 60 Jahren erhielten sie ihre reguläre Knappschaftsrente. Für Übertage Beschäftigte gab es

22. Vgl. Anm. 2

23. Vgl. u.a. Ewigkeitskosten – Ewigkeitsgewinne: <http://www.neueenergie.net/ewigkeitskosten-ewigkeitsgewinne>. Weitere Literaturverweise zu diesem brisanten Thema im Literaturverzeichnis.

24. Vgl. Stahlmann / Wendt-Kleinberg, S. 165

25. Stahlmann / Wendt-Kleinberg, S. 169 ff.

eine ähnliche Regelung, die allerdings erst ab einem Alter von 55 Jahren in Anspruch genommen werden konnte. Außerdem war sie mit einer Rentenminderung verbunden.

Ein weiteres Instrument des Personalabbaus war und ist der gezielte Transfer in andere Unternehmen. Dazu gab es unterschiedliche Programme. Zeitweilig hatten Mitarbeitende die Möglichkeit eine zusätzliche Ausbildung in einem Beruf zu machen, der außerhalb des Bergbaus nachgefragt war. Da war einerseits mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses bei der RAG verbunden. Andererseits wurde das Einkommen, das die RAG gezahlt hatte, für fünf Jahre durch die RAG garantiert und es gab für diese Zeit eine intensive Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Job.

Ein anderes Modell bot die Möglichkeit, für bis zu sechs Monate bei Weiterzahlung des alten Gehalts eine Schnupperphase in einem Betrieb außerhalb des Bergbaus zu machen. Für Betriebe, die eine solche Schnupperphase ermöglichten, waren damit nur geringe Kosten verbunden. Nach Ablauf der Phase konnte der RAG-Mitarbeitende entscheiden, ob er geht oder ob er zur RAG zurück kehren wollte. In den letzten Jahren wurden weitere Modelle zur Qualifikation für andere Berufe entwickelt, die mit Abfindungen kombiniert sind.

Um der Jugendarbeitslosigkeit zumindest punktuell entgegenzuwirken hat die RAG seit den 1990er Jahren in den nicht bergbaulichen Berufsgruppen (Schlosser, Elektriker, etc.) weit über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet.

Die vorgenannten Maßnahmen sind mit öffentlichen Geldern aus der Rentenversicherung, der Arbeitslosenversicherung sowie Landes- und EU-Förderprogrammen (Ziel-2-Mittel) kofinanziert worden.

1.6. Von der Kohle zur Sonne

Erwähnenswert an dieser Stelle ist noch die Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Sie wurde von den Evangelischen Kirchenkreisen in Auftrag gegeben und finanziert und 1995 veröffentlicht. Die IGBE und die RAG wurden im Rahmen eines Steuerungskreises in die Begleitung der Studie eingebunden. Ziel dieses Projektes war es, den zunehmenden Konflikt zwischen der sozial-, regional und industriepolitischen Sicht auf den Bergbau einerseits und der umweltpolitischen Sicht auf den Bergbau auf der anderen Seite zu entschärfen. Die Positionen entweder Arbeitsplätze oder Umweltschutz standen sich zu dem Zeitpunkt immer unvermittelbarer gegenüber. Die Schärfe dieses Konfliktes erschließt sich an den öffentlichem Schlagabtausch zwischen RAG, IGBE und SPD auf der einen und die kirchlichen Auftraggeber der Studie auf der anderen Seite: Die Bergbau-Seite war den Kirchen vor, sie habe sich von ihrer Rolle als Freund der Kohle verabschiedet und die Kohle verraten und sich in eine Linie mit Grünen und Mullahs gestellt (der Autor dieses Artikel war an diesen Debatten beteiligt).

Dabei hat die Studie die Interessen der Bergarbeiter deutlich im Blick gehabt und ihnen auch Rechnung getragen. Im Schlussteil der Studie "7. Zusammenfassung und Ausblick" sind die Ziele dieser Studie wie folgt zusammengefasst:

Hauptziele der Vor- – und wesentlich vertiefter – der Hauptstudie [zu der es nie gekommen ist, Anm. d. A.] sind:

- *durch detaillierte Szenarienanalysen und ein umfassendes Zukunfts- und Alternativkonzept mehr Transparenz und Perspektiven in die gegenwärtige, von taktischen oder zu einseitig interessengebundenen Erwägungen geprägte Debatte über die Kohlepolitik zu bringen,*
- *die Konsequenzen aus dem mittel- und vor allem langfristigen Zielkonflikt zwischen der Klimaschutz- und der Kohlepolitik präzise herauszuarbeiten,*

- *die Chancen zu analysieren und zu vermitteln, die sich für die Kohleregionen und die Betroffenen im Rahmen einer Nachhaltigen, integrierten Regional- und Strukturpolitik ergeben,*
- *und vor allem Handlungs- und Entscheidungsspielräume aufzuzeigen sowie mögliche konkrete, akteursbezogene Umsetzungsstrategien für eine vorsorgende Energie-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln.*

In diesem Sinne hat bereits die Vorstudie Vorschläge gemacht. Einerseits hat sie empfohlen, die heimische Kohleförderung, die im Ruhrgebiet 1995 noch 41,6 Millionen Tonnen betrug für einen mittelfristigen Zeitraum auf 35 Millionen Tonnen pro Jahr und dann bis 2050 die auf 20 Millionen Tonnen pro Jahr zurückzufahren. Die Studie geht davon aus, dass bei einem Atomausstieg noch für eine längere Übergangszeit Steinkohle zur Verstromung erforderlich ist. Um aber dennoch dem Klimaschutz Rechnung zu tragen sollte die erforderliche Reduktion der Kohleverstromung durch eine entsprechende Verringerung der Kohleimporte erreicht werden.

Die teurere Ruhrkohle ist zwar auf Subventionen angewiesen, so die Studie weiter. Aber bei einem Stopp des Ruhrbergbaus stünden den eingesparten Subventionen steigende Sozialausgaben gegenüber. Statt dessen empfiehlt die Studie eine Transformierung der Ruhrindustrie hin zu einer modernen, umweltfreundlichen Energie-, Güter- und Dienstleistungsproduktion einschließlich umweltfreundlicher Verkehrskonzepte. Die zentrale Stromversorgung, so die Studie, könnte einerseits durch sparsamere dezentrale Energieversorgungssysteme (Strom- und Wärmekopplung) ersetzt werden. Ergänzt werden sollte dieser Schritt durch eine energetische Altbausanierung im Ruhrgebiet. Auf diese Weise könnten neue sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden, die die im Bergbau wegbrechenden Arbeitsplätze ersetzen.

Ogleich es sich hierbei lediglich um eine Vorstudie handelt (die beabsichtigte Hauptstudie wurde aufgrund der oben skizzierten Konflikte um die Vorstudie nicht mehr realisiert), gehört diese Ausarbeitung des Wuppertal Instituts zu den ausgefeiltesten Transformationsstrategien, die bisher für das Ruhrgebiet ausgearbeitet wurden. Gleichwohl wurde sie auf politischer Ebene nicht ernsthaft verfolgt – abgesehen von punktuellen Förderkonzepten zur Altbausanierung und zum Bau von Windkraftträdern oder Blockheizkraftwerken. Der Grund dafür liegt darin, dass die Bergbauseite sich nie zu einer offensiven Strategie für einen Strukturwandel durchringen konnte, sondern stets nur defensive Strategien für akzeptabel hielt.

Dabei hat die Studie einen Weg aufgezeigt, einer alten Forderung der IGBE zu entsprechen: der Forderung nach dem Erhalt eines Sockelbergbaus. Ein Sockelbergbau hätte Bedeutung gehabt für die Bergbauzulieferer, die ihre Bergbautechnologie zwar mittlerweile weltweit vermarkten, die aber in enger Kooperation mit dem Ruhrbergbau ihre Technologie weiterentwickelt haben. Ein Ende des Bergbaus, so die IGBE, könnte auch das Aus der letzten Zulieferer bedeuten.

Ein Sockelbergbau wäre noch aus einem anderen Grund wichtig. Kohle ist nicht nur ein Brennstoff, sondern auch ein chemischer Rohstoff und in sofern ein denkbarer Ersatz für das allmählich knapper werdende Erdöl. Will man die Ruhrkohle zu einem späteren Zeitpunkt als chemischen Grundstoff nutzen, dann muss man heute den Zugang zu den Lagerstätten offenhalten. Denn einmal geschlossene Schachtanlagen kann man nicht erneut in Betrieb nehmen. Zudem gingen technisches Wissen und Technik in der Region verloren und müssten zu einem späteren Zeitpunkt mit Mehraufwand zurückgeholt werden.

1.7. Interventionen der Linksfraktion im Bundestag

In der politischen Debatte im Bundestag um die Zukunft und den Umbau der RAG in 2007 hat sich die Linksfraktion im Bundestag mit einem Antrag²⁶ eingebracht, der einen Sockelbergbau forderte, der ein Fördervolumen in Höhe von 5 bis 7 Millionen Tonnen Steinkohle pro Jahr produzieren sollte.

In diesem Antrag hatte sich die Linksfraktion weiterhin dafür eingesetzt, den Steinkohlenbereich nicht in eine private Stiftung zu überführen, die nach Abwicklung des Kohlebereichs für die so genannten Ewigkeitskosten zuständig sein soll. Statt dessen schlug sie vor, den gesamten Konzern in eine staatliche Bundesstiftung zu überführen, um den Haftungsverbund des Gesamtkonzerns zu erhalten. In dem Erhalt des Gesamtkonzerns als staatliche Bundesstiftung sah die Linksfraktion eine nachhaltigere und demokratischere Lösung, um die so genannten Ewigkeitskosten so wie die sozialen und kulturellen Folgekosten des Auslaufens des Bergbaus zu finanzieren. Die Programme für ein sozialverträgliches Auslaufen des Bergbaus, so eine weitere Forderung der Linksfraktion, sollten auch auf die Bergbauzulieferer ausgeweitet werden. Wörtlich heißt es in dem Antrag:

Weitere Ziele der Stiftung sind, die Aus- und Weiterbildung und die öffentlich geförderte Beschäftigung zu organisieren, sowie den Umbau der Energiewirtschaft zugunsten von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien voran zu treiben. Die Gewinne der wirtschaftlichen Tätigkeit werden ausschließlich für diese Zwecke verwendet. Die Stiftungsgremien werden mehrheitlich mit Vertreterinnen und Vertretern aus Organisationen besetzt, die das öffentliche Interesse repräsentieren. Das sind: Betriebsräte, Gewerkschaften, Umweltverbände, Zusammenschlüsse der Bergbaugeschädigten, Bundestagsfraktionen, Bundesregierung, sowie die Länder Nordrhein-Westfalen (NRW) und Saarland;

3. die Ausbildungskapazitäten der RAG zu erhalten, zukunftsgerecht aus- zubauen und gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen ein Konzept für eine Verbundausbildung aufzustellen. Dabei sind Unternehmen, Gewerkschaften, Handwerkskammern, regionale Industrie- und Handelskammern, die Agentur für Arbeit und die Kommunen zu beteiligen;

4. die frei werdenden Mittel aus der Reduzierung der vorgesehenen Steinkohlesubventionen so lange für die Bewältigung des Strukturwandels zur Verfügung zu stellen bis ausreichend Ersatzarbeitsplätze geschaffen sind. Für die betroffenen Regionen im nördlichen Ruhrgebiet und dem Saarland ist eine Strukturpolitik zu entwickeln. Schwerpunkt soll eine gezielte Ansiedlungsstrategie für Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau, und im Bereich der erneuerbaren Energien sein. Dabei muss auch die Situation der Zulieferindustrie berücksichtigt werden, die allein rund 70 000 Arbeitsplätze umfasst. Die Bundesregierung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass das Land NRW ebenso verfährt. Mit der RAG, dem Land NRW und den betroffenen Standortgemeinden ist sicherzustellen, dass die vom Bergbau künftig nicht mehr benötigten Flächen in diese Ansiedlungs- und Strukturpolitik miteinbezogen und nicht kurzfristig abgestoßen werden;

Die Linksfraktion im Bundestag hat mit ihrem Antrag zwar Forderungen der IGBCE aufgenommen gehabt, gleichzeitig ist sie aber auch ein ganzes Stück über die Vorstellungen der IGBCE hinausgegangen. So etwa mit der Forderung, den Gesamtkonzern zu erhalten und in eine staatliche Stiftung zu überführen. Auch das von der Linksfraktion formulierte Transformationskonzept ist bei der IGBCE kaum anschlussfähig gewesen. Mit dem Vorschlag, die

26. Bundestagsdrucksache 16/6392 vom 19. 09. 2007 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/063/1606392.pdf>

Stiftungsgremien mit Vertreterinnen und Vertretern aus Organisationen zu besetzen, die ein öffentliches Interesse repräsentieren, nimmt der Antrag der Linksfraktion Ideen des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie von Fritz Naphtali von 1928²⁷ auf und entwickelt sie weiter. Gegen den neoliberalen Mainstream konnte die Linksfraktion diese wirtschaftsdemokratischen Forderungen im Bundestag jedoch nicht durchsetzen.

1.8. Zwischenfazit

Trotz des politisch entschiedenen Endes des Ruhrbergbaus kann man nicht sagen, das die 1968 gegründete Ruhrkohle AG nur ein Abwicklungsunternehmen geblieben wäre. Ganz im Gegenteil. Die RAG – heute: Evonik – hat sich zu einem international tätigen Konzern mit unterschiedlichen Sparten entwickelt, der seinen Hauptsitz nach wie vor im Ruhrgebiet hat, in Essen. Ein Teil der früheren Bergbauzulieferer ist von der RAG aufgekauft und somit vor dem Untergang bewahrt worden. Andere Bergbauzulieferer haben die lange Phase der Abwicklung des Bergbaus genutzt, um sich umzubauen und andere Marktsegmente zu erschließen. Bei einem abrupten Aus für den Ruhrbergbau wären diese Unternehmen mit untergegangen. Die Kohlepolitik in NRW ist zwar politisch umstritten. Von liberaler Seite wurde immer wieder kritisiert, dass die Subventionen besser in die Entwicklung von neuen Wirtschaftszweigen investiert worden wären. Und von grüner Seite wurde kritisiert, es sei sinnvoller gewesen, man hätte die Subventionen für eine forcierte Entwicklung umweltfreundlicher Energieproduktion genutzt. Dennoch muss man festhalten, dass es gelungen ist, durch die Gründung der RAG einen Transformationsprozess in Gang zu setzen, an dessen Ende eben nicht schlicht das Ende des Bergbaus steht, sondern ein neues Unternehmen. Der Industriestandort ist damit zumindest stabilisiert worden und ein Teil der verloren gegangenen Arbeitsplätze im Bergbau konnte ersetzt werden.

2. Das Abschmelzen der Eisen- und Stahlindustrie

Die zweite Säule der klassischen Industrie im Ruhrgebiet stellt die Eisen- und Stahlindustrie mit ihren Hochöfen und Stahlwerken dar. Anders als der Bergbau stand sie nie gänzlich zur Disposition. Dennoch ist sie auf ein Bruchteil dessen geschrumpft, was sie einmal im Ruhrgebiet war. Der Grund dafür ist einerseits eine enorme Produktivitätssteigerung: Hat ein Hochofen 1861 25 Tonnen Roheisen in 24 Stunden produziert, hat ein Hochofen 1993 12.000 Tonnen Roheisen im gleichen Zeitraum produziert.²⁸

Zum anderen ist der Großteil der weltweiten Eisen- und Stahlproduktion nach Asien, in den mittleren Osten und nach Lateinamerika verlagert worden.²⁹ In der EU ist vor allem die Produktion von sehr hochwertigen Stahlsorten verblieben.

27. Fritz Perez Naphtali: Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel. Hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1928. Neu aufgelegt 1966 durch die Europäische Verlagsanstalt EVA, Hamburg

28. Vgl. Jahrbuch Stahl 2013, Bd 3, S. 285

29. Vgl. Jahrbuch Stahl 2013, Bd 3, S. 294

Und schließlich wurde Eisen und Stahl zum Teil durch alternative Werkstoffe ersetzt. Gleichwohl ist die Bundesrepublik innerhalb der EU der bedeutendste Standort für Rohstahlproduktion. Für 2011 betrug die Jahresproduktion in der Bundesrepublik 44,3 Millionen Tonnen³⁰.

Der letzte verbliebene Hüttenstandort im Ruhrgebiet ist Duisburg. 1896 gab es in fast allen Städten zwischen der Ruhr und der heutigen BAB 40 Hochöfen. Die Stahlstandorte sind ähnlich dramatisch geschrumpft.

Vergleichbare politische Interventionen wie im Rahmen des geordneten Rückbaus des Ruhrbergbaus hat es für die Eisen- und Stahlindustrie nicht gegeben. Die Bundespolitik hat sich allerdings wo möglich um die Erschließung neuer Märkte bemüht, wie z.B. das Ost-West-Geschäft mit Gas und Röhren mit der früheren UDSSR. Daran waren die Ruhrgas AG, Mannesmann und die Deutsche Bank auf deutscher Seite als Vertragspartner beteiligt und auf sowjetischer Seite zwei Staatsbetriebe und die sowjetische Außenhandelsbank. Dieses Geschäft war unter Beteiligung der jeweils zuständigen Minister auf deutscher und sowjetischer Seite zustande gekommen.³¹

Ein der RAG vergleichbares Konsolidierungsunternehmen gab es in der Hütten- und Stahlindustrie nicht. Auf dieser Seite der Montanindustrie ging es vor allem um eine innerbetriebliche, sozialpolitische Flankierung des Rückbauprozesses. Das zentrale Instrument zur Organisation eines sozialverträglichen Personalabbaus in der Eisen- und Stahlindustrie war das Instrument der Frühverrentung und der Abfindungen. Allerdings nicht so komfortabel wie im Bergbau. Die Altersgrenze für die Frühverrentung lag im Regelfall bei 56 Jahren.

Auf langen und massiven Druck der Gewerkschaften, insbesondere der IB Metall, gelang es in den 1980er Jahren ein Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden durchzusetzen. Da dieser Erfolg in den 1990er Jahren aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der seit 1990 vergrößerten Bundesrepublik wieder zunichte gemacht wurde, entfaltete die Arbeitszeitverkürzung nur eine zeitlich befristete Wirkung.

Die politische Antwort auf die Standort- und Arbeitsplatzverluste in der Eisen- und Stahlindustrie lagen und liegen vor allem in dem Bemühen um die Neuansiedlung Neuer Unternehmen und Wirtschaftszweige. Darum geht es im folgenden Abschnitt.

IV. Neuansiedlungen

1. Industrielle Neuansiedlungen

1.1. Das Opel-Werk in Bochum³²

Die Neuansiedlungspolitik begann mit der Kohlekrise im Ruhrgebiet in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre. Sie konzentrierte sich zu der Zeit auf die Ansiedlung neuer großer Industriebetriebe. Die mit Abstand bedeutendste Neuansiedlung war das Opel-Werk in Bochum. Sie begann mit dem Werk I auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Dannenbaum.

Die Verhandlungen mit General Motors, dem Eigentümer der Adam Opel AG, begannen Anfang 1959. Die Neuansiedlung von Industrieunternehmen im Ruhrgebiet wurde zwar von der

30. Vgl. Jahrbuch Stahl 2013, Bd 3, S. 277

31. Vgl. Chronik des Ruhrgebiets, 1987, S. 549

32. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

Landesregierung NRW unterstützt. Direkter Verhandlungspartner von General Motors war jedoch die Stadt Bochum. Sie hat die Fläche für das Opel Werk I der Gelsenkirchener Bergwerks AG, die Eigentümerin der Zeche Dannenbaum, abgekauft und nach einer entsprechenden Aufbereitung an General Motors weiterverkauft. Am 20. Mai 1960 gab die Stadt Bochum bekannt, dass Opel ein neues Werk in Bochum errichtet. Im Juli 1963 liefen die ersten Produktionsbänder an.

1962 kaufte die Stadt Bochum ein weiteres Zechengelände im Ortsteil Langendreer (Zeche Bruchstraße) von der Gelsenkirchener Bergwerks AG und veräußerte es weiter an General Motors. Dort entstanden dann die Opel Werke II und III, die noch im gleichen Jahr (Werk II) bzw. in 1965 (Werk III) die Produktion aufnahmen.

Die Bochumer Opel Werke haben jährlich bis zu 250.000 Autos produziert und bis Anfang der 1990er Jahre rund 20.000 Menschen beschäftigt. Dabei ist die Zahl der Beschäftigten in den Zulieferbetrieben nicht mitgerechnet. Ende 2014 wurden die Bochumer Opel Werke nach einem fast 20 Jahre dauernden Abbauprozess endgültig geschlossen.

1.2. Siemens und Blaupunkt³³

Mit der Schließung der Bochumer Opel Werke ist eine spezifische Linie der Industriepolitik im Ruhrgebiet zu einem Ende gekommen. Die Opel Werke waren zwar die bedeutendste, aber nicht die einzige Neuansiedlung eines Industrieunternehmens. In Gladbeck hatte Siemens ein Werk errichtet, das allerdings bereits 1991 geschlossen wurde. Die Stadt Herne konnte 1965 mit dem Unternehmen Bosch eine Einigung über die Eröffnung einer Produktionsstätte für das Bosch-Tochterunternehmen Blaupunkt erzielen. Die Produktion startete im November 1967. Ende 1992 wurde das Herner Blaupunkt-Werk geschlossen.

1.3. Von Graetz über SEL, Nokia und Blackberry zu VW³⁴

Eine weitere zunächst ebenfalls sehr erfolgreiche Neuansiedlung war die Fernsehgeräte-Produktion der Firma Graetz 1956 in Bochum mit rund 1.200 Arbeitsplätzen. 1961 wurde das Werk an Standard Elektrik Lorenz (SEL) verkauft und 1988 übernahm Nokia die Produktion, die zwischenzeitlich an Alcatel weiterverkauft worden war. Nokia stellte die Produktion 1989 von Fernsehgeräten und Satelliten-Empfängern auf die Produktion von Mobiltelefonen um. 1998 wurde das Nokia-Werk mit finanzieller Unterstützung der Landesregierung NRW erweitert. Insgesamt sind in den 1990er Jahren rund 88 Millionen Euro öffentliche Fördermittel an Nokia geflossen. Die Zahl der Arbeitsplätze stieg im Bochumer Nokia-Werk bis auf rund 3.000. Aufgrund einer Unternehmens-Umstrukturierung schloss Nokia im Sommer 2008 das Bochumer Werk.

2009 hatte der kanadische Handyhersteller Blackberry (RIM) ein Forschungs- und Entwicklungszentrum in Bochum eingerichtet und rund 300 neue Arbeitsplätze für Ingenieure geschaffen. Aufgrund von Absatzproblemen hat Blackberry sein Bochumer Forschungs- und Entwicklungszentrum 2014 an die Volkswagen AG verkauft. Unter dem Namen "Infotainment GmbH" führt VW den Bochumer Ableger von Blackberry als Entwicklungsfirma für "Fahrzeug Connectivity" weiter.

Das Bemühen der Ruhrgebietskommunen und des Landes NRW um industrielle Neuansiedlungen hat durchaus Erfolg gezeigt. An den genannten Beispielen zeigen sich aber auch

33. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

34. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

einige grundlegende Probleme, die mit Neuansiedlungen verbunden sind. Etwas detaillierter lässt sich die Probleme am Beispiel von Opel Bochum erläutern.

1.4. Opel Bochum im Detail – Konflikte um die Neuansiedlung³⁵

Von Anfang an waren die Neuansiedlungen heftig umstritten. Der Artikel "Was Opel nützt" aus der Spiegel-Ausgabe Nr. 41 vom 05. Oktober 1960 hat diese Konflikte am Beispiel der Opel-Ansiedlung analysiert.

Den Politikern im Ruhrgebiet waren die Gefahren einer industriellen Monokultur durchaus bewusst. Die Kohlekrise der 1950er Jahre hatte ihnen die damit verbundenen Gefahren vor Augen geführt. Und im Süden des Kohlenrevier waren die ersten Kohle-Lagerstätten erschöpft. Deshalb lag zumindest den weitsichtigeren Politikern im Ruhrgebiet an einer stärkeren Diversifizierung der hiesigen Industrie. Dem entsprechend begannen sie bereits in der Mitte der 1950er Jahre Verhandlungen mit entsprechenden Unternehmen.

Im Falle von Opel Bochum begannen die Verhandlungen allerdings erst Ende der 1950er Jahre, als die erste Kohlekrise überwunden war und die Nachfrage nach Arbeitskräften im Bergbau wieder stieg. Die Kohleindustrie sah folgerichtig in Neuansiedlungen eine Verschärfung der Konkurrenz um Arbeitnehmer, die ihnen ungelegen kam. Die Stadt Bochum hat, wie dem oben genannten Spiegel-Artikel zu entnehmen ist, heimlich mit den Eigentümern der infrage kommenden Grundstücke verhandelt, um keine Störaktionen durch den Bergbau zu provozieren.

Gleichzeitig haben die Unternehmen, die sich auf Verhandlungen mit Ruhrgebietskommunen eingelassen haben, um deren Zwangslage gewusst. Wie der genannte Spiegel-Artikel darlegt, war die Stadt Bochum dem entsprechend auch zu beachtlichen Zugeständnissen bereit: Sie hat die infrage kommenden Grundstücke von den Altbesitzern für einen Quadratmeterpreis 6 bis 8 DM (3 bis 4 Euro) aufgekauft, hat die Grundstücke aufbereitet, hat sie verkehrstechnisch erschlossen und die notwendige Energieversorgung bereit gestellt. Zusätzlich hat die Stadt noch eine Garantie³⁶ für mögliche Bergschäden übernommen. Nach dieser Aufbereitung hat die Stadt Bochum das Grundstück für einen Quadratmeterpreis von 2 DM (1,02 Euro) an General Motors weiterverkauft. Für die Erschließung des Geländes für die Werke II und III war sogar eine vorzeitige Schließung der dort zuvor gelegenen Schachanlage nötig. Die Kosten³⁷ für diese vorzeitige Schließung hat die Stadt Bochum ebenfalls getragen. Laut Wikipedia Artikel zu Bochumer Opel-Werk I zahlte die Stadt Bochum rund 5,2 Millionen DM (2,66 Millionen Euro) für den Erwerb der Grundstücke, investierte rund eine weitere Million DM in die Erschließung der Grundstücke und verkaufte die Fläche dann für 1,2 Millionen DM (0,61 Millionen Euro) an General Motors.

Für weiteren Ärger im Ruhrbergbau sorgte, dass General Motors einen zinsgünstigen Investitionskredit in Höhe von mehr als 60 Millionen DM (30,68 Millionen Euro) für das Bochumer Werk aus einem ursprünglich nur für die Montanindustrie vorgesehen Fond der EGKS in Luxemburg erhielt. Dieser Fond wurde aus einer staatlich verordneten Umlage (die damals so genannte Luxemburg-Steuer) in Höhe von 0,35 % auf die jährliche Wertschöpfung der Montanunternehmen der Mitgliedsstaaten der EGKS gespeist. Die "Hohe Behörde der Europäis-

35. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

36. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Opel_AG_Werk_Bochum_I

37. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Opel_AG_Werke_Bochum_II/III

chen Gemeinschaft für Kohle und Stahl", so der Spiegel-Artikel³⁸ weiter, finanzierte aus dieser Umlage ihre eigenen Verwaltungskosten und "einen Garantiefond, der wiederum als Sicherheit für Anleihen der Union in fremden Ländern fungiert. Der Garantiefonds enthält heute 400 Millionen DM (204,52 Millionen Euro) und ist mit 13 Anleihen im Gesamtwert von etwa 850 Millionen DM (434,6 Millionen Euro) belastet." Diese Anleihen wurden als zinsgünstige Kredite an Kohle- und Stahlunternehmen in den Mitgliedsstaaten der EGKS weitergegeben, die ihre Betriebe modernisieren wollten. Ursprünglich waren diese Kredite der Montanindustrie vorbehalten. Im Frühjahr 1960 hatten die EGKS-Mitgliedsstaaten die Vergabebedingungen dahin geändert, dass jedes Unternehmen, das in Montanregionen Arbeitsplätze neu schafft, die verloren gegangene Arbeitsplätze in der Montanindustrie ersetzen, Zugang zu diesen zinsgünstigen Krediten erhält. Die Bergbauunternehmen im Ruhrgebiet haben heftig dagegen opponiert. Aber sie konnten weder verhindern, dass die Opel-Werke in Bochum gebaut wurden, noch dass General Motors die besagten günstigen Kredite in Höhe von rund 60 Millionen DM (30,68 Millionen Euro) für die Investitionen in den neuen Standort Bochum erhielt.

Nach den anfänglichen Turbulenzen entwickelte sich das Bochumer Opel-Werk zu einem der wichtigsten und stabilsten Arbeitsplatzanbieter der Region und galt lange als ein erfolgreiches Beispiel für eine gelungene Industriepolitik. Mit der Einführung neuer Computer gestützter Produktionstechnologien und neuer innerbetrieblicher Organisationsmodelle wie "lean production" begann ab Mitte der 1990er Jahre ein langsamer Sinkflug, der mit der Werksschließung Ende 2014 endete.

1.5. Der langsame Untergang des Bochumer Opel-Werks

Die Bochumer Opel-Belegschaft war gewerkschaftlich mit über 95 % Organisationsgrad sehr gut organisiert. Sie hatte einen ungewöhnlich kritischen und streitbaren Betriebsrat, was man durchaus auch als Folge der 68er-Bewegen sehen kann. Zudem war in Bochum die Achsproduktion für alle europäischen Standort von Opel angesiedelt. Das gab der Belegschaft einen sehr wirksamen Hebel in Arbeitskämpfen in die Hand: Ein Streik in der Bochumer Achsproduktion führte nach wenigen Tagen zu Stillständen in allen Produktionsstandorten. Vor diesem Hintergrund hat die Unternehmensleitung bereits Mitte der 1990er Jahre angekündigt, dass man in den folgenden 10 Jahren einen deutlichen Arbeitsplatzabbau plane und einen tief greifenden Umbau des Werkes, zu dem die Ausgründung einer Reihe von Produktionsbereichen gehöre. Bis 2003 hatte sich die Belegschaft dann von rund 20.000 (in 1990) auf rund 10.800 nahezu halbiert. Von 2003 bis 2011 hatte sie sich noch einmal nahezu halbiert auf knapp 5.200 Beschäftigte. Der Abbau erfolgte mit den üblichen sozialpolitischen Instrumenten: Frühverrentung ab dem 56. Lebensjahr und Abfindungen. Die bis zur Schließung verbliebenen Opel-Arbeiter erhielten im Schnitt eine Abfindung von 125.000 Euro. Wer bis zur Schließung ein Alter von 55 Jahren erreicht hatte, konnte mit 80 % seines letzten Nettogehaltes bis zur Erreichung der Vorruhestandsgrenze zu Hause bleiben. Für diejenigen, für die diese Maßnahmen nicht in Frage kamen, blieb der zeitlich begrenzte Wechsel in eine Transfergesellschaft.

Die letzte heftige Auseinandersetzung um die Zukunft von Opel Bochum gab es im Oktober 2004. Nach einem zunächst wirkungslosen mehrtägigem wilden Streik im Bochumer Opel-Werk kam es am 19. Oktober 2004 zu einer Solidaritätskundgebung im Bochumer Stadtzentrum, an der etwa 20.000 Menschen teilnahmen und auf der u.a. die Bochumer Oberbürgermeisterin, der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen und ein hochrangiger Vertreter

38. Ansiedlung - Was Opel nützt. RUHR. Der Spiegel Nr. 41 / 05.10.1960 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43066975.html>

des katholischen Ruhrbistums Essen ihre Solidarität mit den streikenden Opel-Arbeitern erklärten. Nach diesen Aktionen kam es zu Standortsicherungsvereinbarungen zwischen General Motors und der Gewerkschaft IG Metal.

1.6. Vorschläge der Linksfraktion im Bundestag zu Opel in der Krise

Dieser öffentlich ausgetragene Konflikt um die Zukunft des Bochumer Opel-Werkes hat seinerzeit bewusst gemacht, dass es bei Opel Bochum keineswegs nur mehr um einen begrenzten Personalabbau und um innerbetriebliche Umstrukturierungen ging, sondern dass der Opel Standort Bochum als ganzer von einer Schließung bedroht war. Das hat in den folgenden Jahren zu politischen Überlegungen geführt, ob und gegebenenfalls wie der Standort erhalten werden könnte.

Die Krise, die 2008 begann, hat auch General Motors und Opel erneut unter Druck gesetzt. Die damalige rot-schwarze Bundesregierung brachte Anfang 2009 ein zweites Konjunkturprogramm auf den Weg, um der Krise entgegenzuwirken. Dieses Paket enthielt u.a. die so genannte Abwrackprämie, also einen Zuschuss für den Neukauf eines PKWs, wenn der Käufer einen älteren Wagen abstößt und vorzeigt einen Neuwagen kauft.

In diesem Rahmen hat sich die Linksfraktion im Bundestag intensiver mit den Perspektiven der Automobilindustrie befasst und speziell mit der Zukunft von Opel und dem Bochumer Opel-Standort. In einem Positionspapier der linken MdB Ulla Lötzer vom 19.03.2009 zu Opel heißt es:

Die LINKE tritt dafür ein, den Abbau von Überkapazitäten mit zukunftsorientierter Produktpolitik zu begegnen und gleichzeitig die Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen. Unsere Bedingungen für die Bereitstellung von öffentlichen Mittel sind:

1. Beschäftigungssicherung: Es dürfen weder Werke verkauft noch geschlossen werden. Die Beschäftigung muss gesichert werden auch mit Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich.

2. Unternehmensstruktur: Nur eine rechtlich selbständige europäische Lösung kann die Standorte und Arbeitsplätze bei Opel und den Zulieferern retten. Die neue Struktur muss sicherstellen, dass die Geschäftsstrategie in dem europäischen Unternehmen bestimmt wird und Gelder nicht an General Motors abfließen. In Bezug auf Entwicklung und Patente, wie auch andere Geschäftsfelder kann mit GM kooperiert werden. Diese Kooperation ist rechtlich klarzustellen.

3. Erwerb von Opel durch die Bundesländer: Die betroffenen Bundesländer, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz müssen mit Beteiligungen bei Opel einsteigen, so dass sie analog zu VW mindestens eine Sperrminorität bei Opel erlangen. Der Bund muss sie dabei insbesondere durch Bürgschaften unterstützen.

4. Belegschaftsbeteiligung: Die Linke tritt für eine Belegschaftsbeteiligung an Opel ein. Die Konstruktion der europäischen Gesellschaft muss sicherstellen, dass gegen die öffentlichen, die gewerkschaftlichen und die Belegschaftsstimmen keine Entscheidungen getroffen werden können. Darüber hinaus muss die Mitbestimmung in allen sozialen, personellen und wirtschaftlichen Belangen der Unternehmensführung ausgebaut werden.

5. Händler und Zulieferer: In die Lösung sollen Händler und Zulieferer mit Beteiligungen eingebunden werden.

6. Zukunftskonzept: Mit Hilfe der Beteiligungen muss Opel als umweltfreundliches Mobilitätsunternehmen umgebaut werden. Das „neue“ Unternehmen Opel kann so zum Kristallisationskern einer neuen sozial-ökologischen Industriepolitik für die gesamte Automobilbranche werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können auf neue Weise

und auf neuer Grundlage über die Produktion mitbestimmen Die Strukturanpassung kann dazu genutzt werden, die Fähigkeiten der Beschäftigten für Forschung, Entwicklung und Bau umweltfreundlicher Fahrzeuge, integrierter Verkehrssysteme und anderer sinnvoller Produkte einzusetzen. In den Schubladen der Forschungsbeteiligungen der Automobilkonzerne liegen z.T. bereits Pläne, auf die zurückgegriffen werden könnte. Darüber hinaus soll die Kooperation mit öffentlicher Forschung an Universitäten ausgebaut werden.

7. Innovative Industriepolitik: Die Lösung für Opel wird eingebunden in eine Gesamtlösung für innovative Industriepolitik. Wir treten für einen branchenübergreifenden Innovationsfond für die sozial-ökologische Erneuerung der Industrie ein. Der Industriefonds bündelt staatliche Bürgschaften, Kredite und Beteiligungen und wird mit öffentlichen Mitteln und einer Sonderabgabe von Konzernen (Dividenden, Boni) finanziert. Die Politik kann dadurch die Forschung und Entwicklung der Unternehmen koordinieren und an gesellschaftlichen Notwendigkeiten ausrichten statt an Profitmaximierung. Öffentliche Mittel aus dem Fonds werden nur zu den oben aufgeführten Bedingungen vergeben. Kontrolliert wird der Fonds durch Wirtschaftsräte auf kommunaler, regionaler und Bundesebene, in denen Gewerkschaften, Ökoverbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, Arbeitgebervertreter, Sparkassen und Vertreter der öffentlichen Hand (Parlamente) eingebunden sind.

Auf diesem Positionspapier aufbauend hat die Linksfraktion im Bundestag am 20.04.2010 folgende Forderungen als Antrag³⁹ in den Bundestag eingebracht:

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, umgehend und in Abstimmung mit den betroffenen Bundesländern die Bereitstellung von Bürgschaften und öffentlichen Mitteln unter folgenden Bedingungen zu beschließen:

- *GM garantiert Standort- und Beschäftigungssicherung und die Bereitstellung ist mit den Betriebsräten der betroffenen Standorte abgestimmt.*
- *Die Bundesregierung muss umgehend und auf Ebene des EU-Ministerrates über eine gemeinsame Zukunft für die europäischen Opel-Standorte beraten und das weitere Vorgehen verbindlich festlegen. Gewerkschaften und Belegschaftsvertreter sind an den Gesprächen zu beteiligen.*
- *Öffentliche Gelder von Bund und Ländern werden als Beteiligungen gewährt, die mit Mitspracherechten in der Unternehmenssanierung verbunden sind.*
- *Es wird von GM sichergestellt, dass die öffentlichen Gelder nur für die europäischen Standorte genutzt werden.*
- *Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Beirat einzurichten, in den Vertreter des Deutschen Bundestages, der betroffenen Landtage, der Gewerkschaften, der Automobilindustrie, von ökologischen Organisationen und von Hochschulen eingebunden sind. Dieser Beirat wird beauftragt, ein industrie-politisches Konzept für die Automobilindustrie zu entwickeln. Ziel ist die Entwicklung alternativer Produktfelder, wie z. B. umweltfreundlicher Fahrzeuge, integrierter Verkehrssysteme oder von Umwelt- und Effizienztechnologien.*
- *Die öffentlichen Mittel und der öffentliche Einfluss werden genutzt, Opel in diesem Sinne zu einem umweltfreundlichen Mobilitätskonzern umzubauen. Dabei erhalten die Betriebsräte umfangreiche Mitbestimmungsrechte.*

39. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/1404 vom 20.04.2010

Mit diesem Antrag hat die Linksfaktion im Bundestag eine Antwort versucht auf die Probleme, die sich aus einer reinen Subventionspolitik ergeben. Diese Frage wurde auch schon im Rahmen der Nokia-Schließung intensiv diskutiert angesichts dessen, dass Nokia in den 1990er Jahren rund 88 Millionen DM (44,99 Millionen Euro) an Subventionen erhalten hatte, 2008 aber den Standort Bochum geschlossen hat. So hat etwa Heinz Bontrup von der Fachhochschule Gelsenkirchen in einem Artikel⁴⁰ zu Nokia angemerkt:

Grundsätzlich müssen wir in Sachen Subventionen in der EU umdenken. Sollten nach eingehender Prüfung zukünftig noch knappe staatliche Steuergelder von den einzelnen EU-Staaten an privatwirtschaftliche – auf Profit bedachte – Unternehmen fließen, so kann dies nicht mehr in Form von Subventionen erfolgen, die quasi ohne eine unternehmerische Gegenleistung gegeben werden. Um insbesondere auch Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen zu vermeiden, kann sich aber der Staat mit einer Eigenkapitalbeteiligung in Unternehmen einbringen. Wünschen dies Unternehmen, weil sie an Kapitalmangel leiden, etwa weil nicht ausreichende Eigenmittel vorhanden sind oder weil ihnen Banken eine Kreditierung verweigern, so impliziert ein solches staatliches Beteiligungsmodell auch eine Mitsprache am Unternehmen und seiner Geschäftspolitik. Dies bedeutet für den Staat selbstverständlich auch eine Haftung mit dem eingebrachten Kapitalanteil. Gewinne und Verluste werden entsprechend zwischen Kapital und öffentlicher Hand verteilt. Bei Kapitalgesellschaften ist die Beteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmen durch öffentliche Gelder zusätzlich mit einem Sitz auf der Kapitalbank im Aufsichtsrat zu versehen. Aber auch bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen müssen Vertreter öffentlicher Interessen durch eine solche Kapitalbeteiligung mit am Entscheidungstisch sitzen. Nur so ist eine effektive Kontrolle über die Verwendung einmal gegebener (knapper) Steuergelder überhaupt möglich. Wäre ein solches Modell bereits im Fall Nokia verpflichtend gewesen, so hätte Nokia hochwahrscheinlich erst gar nicht nach Subventionen bzw. nach einer Kapitalbeteiligung durch das Land NRW und durch den Bund gefragt. Nokia litt und leidet nämlich nicht unter einem Kapitalmangel. Und würde ein solches Beteiligungsmodell in allen EU-Ländern zukünftig zur Anwendung kommen, so hätten Unternehmen wie Nokia auch gar keine Chance, wie in diesem Fall, den deutschen Steuerzahler um Subventionen zu erleichtern. Jetzt hat nur einer einen Vorteil: nämlich die privaten Gesellschafter von Nokia. Gewinne werden privatisiert und alle Lasten vergesellschaftet. Es ist daher höchste Zeit, daß die herrschende Politik damit in der gesamten EU Schluß macht.

Mit ihrem Antrag hat die Linksfraktion die Überlegungen von Bontrup aufgenommen und mit dem Vorschlag eines Beirates um einen interessanten wirtschaftsdemokratischen Aspekt erweitert. Ihr Antrag skizziert die Idee einer alternativen Methode zur Vergabe von Subventionen, die keineswegs privatwirtschaftliche Initiative unterbindet, aber darauf zielt, die Nutzung öffentlicher Mittel durch private Unternehmen mit Vorgaben und einer demokratischer Steuerung und Prüfung zu verbinden. Wer öffentliche Gelder nutzen will, der muss damit auch einen überprüfbaren öffentlichen Nutzen generieren und nicht nur einen privaten.

Weiterhin hat der Antrag der Linksfraktion ökologische Anforderungen an ein zukünftiges Mobilitätssystem aufgenommen und grundlegende Fragen einer zukünftigen Industriepolitik, die weit über die konkrete Frage nach der Zukunft des Bochumer Opel-Standortes hinausreichen. Es wäre interessant, die Überlegungen der Linksfraktion zu einem umweltfreundlichen Mobilitätssystem mit dem Konzept des DGB Landesbezirks NRW von 1992 zum Güter-

40. Quelle: <http://www.hintergrund.de/20080204170/politik/inland/nicht-politische-heuchelei.html>

verkehr⁴¹ in Beziehung zu setzen und zu kombinieren. Diese durchaus beachtenswerten Überlegungen aus dem DGB sind seinerzeit bedauerlicherweise ohne Resonanz geblieben.

Im Unterschied zu dem nur auf die aktuelle Konjunkturlage reagierenden zweiten Konjunkturprogramm der damaligen Bundesregierung hat die Linksfraktion den Versuch gestartet, am konkreten Problem Opel Bochum und General Motors eine Debatte zur langfristigen Perspektive und Ausrichtung einer Industriepolitik anzustoßen. 2010 ist diese Debatte vom Bundestag nicht aufgenommen worden. Dennoch waren und sind diese Überlegungen ein Meilenstein auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Industriepolitik auch und gerade auf europäischer Ebene. Eine ausschließlich Angebots orientierte, auf finanzielle Anreize setzende Ansiedlungspolitik reicht nicht aus, um einen Industriestandort dauerhaft zu sichern, wie die Beispiele im folgenden Kapitel zeigen.

2. Zukunft im Dienstleistungssektor

Im Laufe der 1980er Jahre setzte sich bei einem Teil der politischen Entscheidungsträger die Erkenntnis durch, dass große Industrieansiedlungen im Ruhrgebiet – wie Opel in Bochum oder mittelgroße wie Blaupunkt in Herne oder Siemens in Gladbeck – nicht mehr zu erwarten sind. Ganz im Gegenteil: Anfang der 1990er Jahre hatten sich einige der früheren Neuansiedlungen bereits wieder aus dem Ruhrgebiet verabschiedet und haben damit den Abschied von einem Strukturwandels nach dem Modell "von der Kohle ans Fließband" eingeleitet.

In den 1970er Jahren noch hatte zudem der öffentliche Dienst immer wieder Arbeitnehmer aus der Montanindustrie übernommen. Aber auch im öffentlichen Dienst setzte sich ab Anfang der 1990er Jahren unter dem zunehmenden Einfluss neoliberaler Politik ein rasanter Abbau im Personalbereich durch.

So begannen politische Entscheidungsträger in Ruhrgebietskommunen und auf Landesebene Ende der 1980er Jahre verstärkt, sich um die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen zu bemühen. Gleichzeitig kam es zu einer Debatte über die Verbesserung des Images des Ruhrgebiets, also über die so genannten weichen Standortfaktoren.

2.1. Neue Mitte Oberhausen | CentrO Oberhausen⁴²

Das erste große Projekt in diesem Sinne war die neue Mitte Oberhausen, auch CentrO Oberhausen. Die zweite Bezeichnung ist die gängigere im Ruhrgebiet und wird gerne italienisch ausgesprochen von den Protagonisten. Wohl um den Freizeitflair zu erhöhen, den die Initiatoren gerne mit dieser Shopping-Mal erzeugen möchten.

Die Stadt Oberhausen wurde seit Mitte des 18. Jahrhunderts bis Mitte der 1980er Jahre durch Hüttenwerke und durch Eisen- und Stahlwerke geprägt. Mitten im Stadtgebiet von Oberhausen lag die Gute-Hoffnungs-Hütte. Um 1970 waren dort gut 95 Tausend Menschen beschäftigt. Im Zuge des Strukturwandels wurde die Produktion Mitte der 1980er Jahre weitgehend eingestellt und das Werksgelände mit einer Fläche von 143 Hektar inmitten der Stadt zur Industriebrache.

Nach längeren Diskussionen entschieden die politisch Verantwortlichen der Stadt Oberhausen, ihre Stadt zu einer Einkaufs- und Tourismus-Stadt umbauen zu wollen. Im Mittelpunkt des Stadtumbaus stand das Werksgelände der ehemaligen Gute-Hoffnungs-Hütte. In

41. Hirsch, Nicola [Red.]: Güterverkehr in Nordrhein-Westfalen / Hrsg.: DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, 1992

42. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

einem ersten Anlauf 1988 gab es Verhandlungen zwischen dem kanadischen Investmentunternehmen Triple Five. Der Investor schlug ein Einkaufszentrum von rund 850.000 qm vor, das neben Geschäften auch Freizeiteinrichtungen, Büroflächen, Tagungs- und Ausstellungsräume und eine Marina enthalten sollte. Aufgrund von Bedenken in den Nachbarstädten (sie befürchteten Kaufkraftabwanderungen) und in der damaligen Landesregierung wurde dieses Konzept allerdings nicht realisiert.

Anfang der 1990er Jahre kam es zu einem zweiten Anlauf mit einer englischen Investorengruppe. Sie konzipierte ein etwas kleineres Zentrum, das ebenfalls Freizeiteinrichtungen und ein Veranstaltungszentrum enthielt. Dieses Konzept wurde städteplanerisch so eingebunden, dass es das alte Oberhausener Einkaufszentrum, das alte Stadtzentrum, ersetzte. Dazu gehörte vor allem eine verkehrstechnische Anbindung über Autobahn, Straßen- und S-Bahn und Buslinien.

Trotz der weiterhin bestehenden Befürchtungen, dieses Projekt könne sich negativ auf die Nachbarstädte auswirken und zudem durch vermehrten Verkehr die bereits sehr hohen Umweltbelastungen noch weiter erhöhen, wurde 1993 der Bebauungsplan verabschiedet. Im September 1996 wurde dann das so genannte Centro Oberhausen eröffnet. Zum Eröffnungszeitpunkt war es das größte Einkaufszentrum im Ruhrgebiet. Es zog und zieht Kunden von weit über das Ruhrgebiet hinaus an bis aus den Niederlanden.

Kritisch anzumerken ist, dass die Arbeitsplatzbilanz nicht sehr überzeugend ist. Auf einem Gelände, auf dem einst über 95 Tausend Menschen gearbeitet haben, sind durch das Centro Oberhausen nur 5.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Die Arbeitsbedingungen und Einkommen sind weitaus schlechter als die der ehemaligen Stahlarbeiter der Gute-Hoffnungs-Hütte. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Stadt Oberhausen das Gelände an die Investorengruppe abgegeben hat, so dass die neue Mitte Oberhausen in privatem Besitz ist. Sie ist zwar ein öffentlich zugänglicher aber kein öffentlicher Raum mehr. Konkret bedeutet das, wer einen Informationsstand auf dem Gelände des Centro Oberhausen aufstellen will, der muss das nicht mehr beim Ordnungsamt der Stadt Oberhausen beantragen, sondern beim Centro-Management, das nach seinen eigenen Kriterien über eine Genehmigung entscheidet.

In den Folgejahren haben dann die Betreiber der älteren Einkaufszentren im Ruhrgebiet angefangen sich zu modernisieren und zu vergrößern, um sich gegen die Oberhausener Konkurrenz behaupten zu können. Zu neuen Arbeitsplätzen hat das aber nur unwesentlich beigetragen.

2.2. Der Movie-Park Bottrop-Kirchhellen⁴³

Ein zweites größeres Projekt im Freizeit- und Dienstleistungssektor ist der Movie Park Germany in Bottrop-Kirchhellen. Seine Ursprünge hat der Park in dem 1967 eröffneten Kirchhellener Märchenwald, der 10 Jahre später in den Traumlandpark umgewandelt wurde. Mehrfach hatte dieses Projekt mit massiven Finanzproblemen zu kämpfen bis es dann 1991 geschlossen und zum Bavaria Film Park umgewandelt wurde, der 1992 öffnete, aber 1994 bereits wieder wegen mangelnden Interesses schloss. Warner Bros. hat das Gelände anschließend übernommen und zum *Warner Bros. Movie World Germany* umgebaut. Zu den Umbaukosten von 400 Millionen DM (204,52 Millionen Euro) hatte das Land NRW 62 Millionen DM (31,7 Millionen Euro) beigesteuert. Nach dem Rückzug von Warner Bros. aus dem Park und weiteren Eigentümerwechseln läuft der Park seit 2006 unter dem Namen Movie Park Germany.

43. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

Ziel der Stadt Bottrop und der Landesregierung NRW war, hier eine touristische Attraktion zu errichten entlang verschiedenster Filmthemen und in einem kleinen Umfang Filmstudios einzurichten als Beitrag zu einer Umgestaltung des Ruhrgebiets zu einer Freizeit- und Tourismusregion.

Eine solche Strategie setzt jedoch voraus, dass es genügend Interessenten mit ausreichender Kaufkraft sowohl in der Region als auch im weiteren Einzugsgebiet der Region gibt. Da Kaufkraft zumindest im Ruhrgebiet nicht ausreichend vorhanden ist, hat dieses Projekt immer wieder mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Kommt hinzu, dass es nur saisonal betrieben wird und somit nur eine rechnerisch vernachlässigbare Zahl von Dauerarbeitsplätzen geschaffen hat. Im wesentlichen sind hier schlecht bezahlte Saisonarbeitsplätze geschaffen worden, die nicht annähernd die weggebrochenen Industriearbeitsplätze ersetzen. Da mit dem Wegfall der Industriearbeitsplätze die Kaufkraft in der Region eingebrochen ist, ist die Ansiedlung von Freizeitattraktionen aus wirtschaftlicher Sicht problematisch. Sie stellen keine überzeugende Alternative zu den weg gebrochenen alten Industriestrukturen dar.

2.3. Call Center – QVC in Bochum⁴⁴

Erfolgreicher ist die Ansiedlung unternehmensnaher Dienstleistungen. 2002 gelang es, eines der beiden Call Center des us-amerikanischen Verkaufs-TV-Senders QVC nach Bochum zu holen. QVC errichtete das Call Center in direkter Nachbarschaft zur Bochumer Ruhruniversität. Ein Grund für diesen Standort war, dass man zunächst vor allem Studenten und Studentinnen als Mitarbeitende im Blick hatte (Gespräch des Autors etwa 2004 mit der Werksleitung bei einer Betriebsbesichtigung). Das Unternehmen startete mit 650 Mitarbeitenden und zählt heute über 900 Mitarbeitende.

Zwar kompensiert auch diese Zahl nicht die weggebrochenen Arbeitsplätze, gleichwohl sind die unternehmensnahen Dienstleistungen offenbar nachhaltiger als das Konzept, das Ruhrgebiet zu einer Freizeitattraktion umzubauen.

2.4. Vom Stahlwerk zum LogPort⁴⁵

Dafür spricht auch die Entwicklung in Duisburg. Dort wurde 1987 das Ende des Krupp-Stahlwerks im Ortsteil Rheinhausen bekannt gegeben. In den 1960er Jahren zählte das Werk bis zu 16 Tausend Beschäftigte. Die Ankündigung der Werkschließung führte zu außergewöhnlich starken öffentlichen Protesten, die die Werkschließung zwar verzögern, aber nicht verhindern konnten. Die endgültige Schließung erfolgte 1993.

Das Gelände des früheren Stahlwerks grenzt direkt an den Duisburger Binnenhafen, der zu den größten Binnenhäfen weltweit zählt. Eigentümerin des Duisburger Hafens ist die Duisburger Hafen AG, die zu einem Drittel der Stadt Duisburg und zu zwei Dritteln dem Land NRW gehört. Zu der Zeit war der Duisburger Hafen noch ausgelegt für den Umschlag von Massengütern wie Kohle und Erze. Mit dem Rückgang der Montanindustrie verringerte sich der Umschlag der Massengüter dramatisch, so dass der Duisburger Hafen gezwungen war, sich nach neuen Geschäftsmodellen umzuschauen.

Es zeichnete sich ab, dass der Hafen nur eine Zukunft hat, wenn er auf den Umschlag von Stückgut umgestellt wird. Dazu bot die an den Hafen angrenzende Industriebranche des ehemaligen Krupp-Stahlwerkes eine optimal Chance. Die Hafen AG begann sich dann

44. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

45. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

umzustrukturieren zu einem Komplettanbieter von Logistikdienstleistungen. Das umfasst ein Ansiedlungsmanagement, die Entwicklung von Hafen- und Logistikkonzepten sowie Transportleistungen und industrielle Verpackung von Gütern für den Transport. Unter dem Titel "Logport I" ist das alte Krupp-Stahlwerksgelände dann entsprechend umgebaut worden. Mittlerweile sind dort etwa 300 neue Firmen ansässig, vor allem mit Lagerräumen. Konzeptionell stellen die Logports Schnittstellen zwischen Straßenverkehr, Schienenverkehr und Schiffsverkehr her. Da das Konzept erfolgreich war, folgten mittlerweile die Errichtung weiterer Logports in Duisburg.

Auch hier ist nicht die alte Zahl an Arbeitsplätzen wieder hergestellt worden. Wohl aber hat sich das Konzept bisher als nachhaltiger erwiesen als die Versuche, das Ruhrgebiet in ein Freizeitzentrum umzubauen. Es ist schlicht die Basis für ein Fortbestehen des Industriestandortes Ruhrgebiet in einer veränderten Form. Das abgestimmte Engagement von Stadt- und Landesregierung als gemeinsame Eigentümer der Hafen AG bei der konzeptionellen Umstrukturierung des Hafens von einem Massengut-Hafen zu einem Stückgut-Hafen hat sich als erfolgreich erwiesen. Denn ein effizienter und reibungsloser Gütertransport ist einerseits für einen Industriestandort von zentraler Bedeutung und andererseits für die Versorgung der Region, die mit 5,3 Millionen Einwohnern zu den größten europäischen Siedlungsgebieten zählt.

Dieses Konzept ergänzt sich mit kleineren Güterverteilzentren und Lagerstandorten vor allem am nördlichen Rand des Ruhrgebiets entlang der BAB 2. Was trotz aller politischer Forderungen bisher allerdings nicht gelungen ist, ist eine konsequente und systematische Einbindung der Deutschen Bahn und der im Ruhrgebiet verbreiteten Werksbahnen in dieses Logistikkonzept. Denn sowohl die Deutsche Bahn als auch die Werksbahnen im Ruhrgebiet waren wie der Duisburger Hafen auf den Transport von Massengütern ausgelegt. Ohne eine Umstellung auf Stückguttransport hat die Bahn keine Zukunft, die vorhandene Struktur bietet allerdings Chancen für die nötigen Umstellungen. Im Falle der Deutschen Bahn hat sich die Leitungsebene seit der Ausgründung der Bahn 1995 in eine Aktiengesellschaft nur noch wenig um dieses Thema gekümmert. Deshalb sei hier noch einmal an die oben skizzierten Überlegungen der Linksfraktion im Bundestag zu einem Umbau von Opel Bochum zu einem Mobilitätskonzern erinnert. Das hätte sich gut eingefügt in das Konzept der Duisburger Logports und Güterverteilzentren im nördlichen Ruhrgebiet unter Einbindung der Deutschen Bahn und geeigneter Werksbahnen. Der damalige Wirtschaftsminister Guttenberg hielt die dazu nötige politische Einmischung in die Wirtschaft jedoch für falsch.

2.5. IBA – Internationale Bauausstellung | Emscher-Park⁴⁶

Die bisher beschriebenen Ansätze einer auf Erneuerung und Neuansiedlung ausgerichteten Industriepolitik repräsentieren einen ausschließlich auf die kommunale Ebene bezogenen Ansatz, der in der Regel in Konkurrenz zu den Nachbarstädten steht, die im Ruhrgebiet oft ohne erkennbare Grenzen in einander übergehen.

Mit der von 1989 bis 1999 dauernden internationalen Bauausstellung/Emscher-Park (kurz: IBA) hat die Landesregierung NRW erstmals einen Städte übergreifenden langfristigen und strategischen Ansatz zum Umbau eines Teils des Ruhrgebiets entwickelt und realisiert. 17 Kommunen des nördlichen Ruhrgebiets beteiligten sich an der IBA.

Die IBA war nicht nur, aber eben auch ein industriepolitisches Projekt. Die politisch und operativ Verantwortlichen der IBA sind davon ausgegangen, dass die Zeit der Großindustrie, wie die Montanindustrie sie repräsentierte, vorbei ist und dementsprechend keine Neuansied-

46. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

lungen von Unternehmen, die mehrere Tausend Arbeitsplätze anbieten, zukünftig mehr zu erwarten ist.

2.5.1 Die Leitthemen der IBA

Ausgehend von dieser Prämisse zielte die IBA⁴⁷ darauf, nicht mehr genutzte aber noch nutzbare Industrieareale und Gebäude umweltverträglich so umzubauen, dass sie von modernen kleinen und mittleren Unternehmen genutzt werden konnten. Es ging also um eine ökonomische und ökologische Erneuerung des nördlichen Ruhrgebiets. Unter dem Motto "Arbeiten im Park" hat die IBA an insgesamt 19 Standorten Gewerbe-, Dienstleistungs-, Wissenschaftsparks und Technologiezentren realisiert.

Ein weiteres Thema der IBA war Wohnen und Stadtentwicklung. Es entstanden rund 2.500 energieeffiziente Neubauwohnungen, ein Teil davon mit hoher Eigenleistung der Eigentümer und rund 75 % mit öffentlicher Förderung. Und doppelt so viele Altbauwohnungen wurden energiesparend saniert im Laufe des IBA-Jahrzehnts. Dazu gehören auch einige alte Arbeitersiedlungen, die im Zuge der IBA modernisiert wurden. Zusätzlich gab es einige architektonisch auffallende industrielle Neubauten.

Ein drittes Leitprojekt war und ist der Umbau der Emscher. Die Emscher ist ein kleiner Fluss im nördlichen Ruhrgebiet, der Anfang der 1920 Jahre gezielt zu einem übertägigen Abwasserkanal umgebaut wurde. Damit sollte die größere im Süden des Ruhrgebiets gelegene und für die Trinkwasserversorgung genutzte Ruhr vor Verschmutzung geschützt werden. Die Abwasserentsorgung übertägig zu verlegen war den Bergsenkungen infolge des Bergbaus geschuldet, führte aber auch zu ganz erheblichen Geruchsbelästigungen in der Nachbarschaft der Emscher. Mit der Renaturierung der Emscher – also einen Rückbau der Kanalisierung und die Wiederherstellung des ungefähren ursprünglichen Flusslaufes – soll vor allem die Lebensqualität als weicher Standortfaktor in der Region erhöht werden. Die Emscher-Renaturierung ist das einzige noch nicht abgeschlossene Projekt der IBA.

Zwei weitere Leitprojekte der IBA zielten auf eine stärkere touristische Entwicklung der Region. Das eine Projekt ist der Emscher Landschaftspark. Bei der Entstehung des Ruhrgebiets wurden gezielt fünf Grünzüge, die in Nord-Süd-Richtung verlaufen, eingerichtet. Sie dienten als Naherholungsgebiete und grüne Lunge des Ruhrgebiets. Das Projekt Emscher Landschaftspark hat die fünf Grünzüge mit in Ost-West-Richtung verlaufenden Rad- und Wanderwegen verbunden. Die Wege verlaufen einerseits an den Ufern des Rhein-Herne-Kanals und andererseits auf alten Werksbahntrassen, die zu Rad- und Wanderwegen umgebaut wurden. Auch einige Abraumhalden des Bergbaus sind in dieses Projekt eingebunden sowie das Gelände der ehemaligen Zeche Nordstern, das zu einer Parklandschaft umgebaut wurde.

Das letzte Leitprojekt trägt den Titel Industrie-Denkmäler. Einige alte Industriebrachen wie das Hüttenwerk Duisburg-Meidrich, die im Bauhausstil errichtete Zeche Zollverein in Essen (mittlerweile zum Weltkulturerbe erklärt), die Jahrhunderthalle in Bochum, die Jugendstil-Zeche Zollern in Dortmund und der Schleusen Park in Walltrup, um nur die bekanntesten zu nennen, wurden bewusst zu Industrie-Denkmälern und Veranstaltungsorten umgebaut. Das Hüttenwerk Duisburg-Meidrich wurde mit einer alten, direktangrenzenden Brache zum Landschaftspark Duisburg-Nord umgebaut, in dessen Mitte zwei erhaltene Hochöfen stehen. In den alten Werksgebäuden und Anlagen wurden Konzertsäle, Theaterbühnen, Gastronomiebetriebe, Steilwandkletteranlagen (in den ehemaligen Sinter- und Erzbunkern) und ein Tauchbecken angelegt. Um diese Industriedenkmäler touristisch zu erschließen wurde die Route der Industriekultur entwickelt. Über zwei Strecken, die die IBA-Region in Ost-West-Rich-

47. Siehe: http://www.iba-emscherpark.de/pagelD_2507085.html

tung durchziehen und die gut ausgeschildert sind, lassen sich die einzelnen Industriedenkmäler einfach ansteuern und erschließen.

Die beiden letztgenannten Leitprojekte haben tatsächlich einen überraschen hohen Zuspruch sowohl aus der Region als auch von auswärtigen Touristen erfahren. Das lässt sich an den Übernachtungszahlen ablesen. Im Jahr 1985 wurden im Ruhrgebiet knapp 2,2 Millionen Übernachtung registriert, bis zum Jahr 2013 stieg die Zahl auf 7,21 Millionen⁴⁸. Das Ruhrgebiet wird nie ein Ort für Massentourismus werden. Diese Region zu einer Freizeit und Tourismusregion umbauen zu wollen ist unsinnig. Aber seine Besonderheiten lassen sich durchaus touristisch und wirtschaftlich nutzen als Baustein, der sich in ein umfassenderes Konzept zur wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung der Region einpasst. Denn die Industriedenkmäler und der Emscher Landschaftspark finden ein interessiertes Publikum, sie lösen aber keinen Massentourismus aus. Im Sinne einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur wäre das auch nicht wünschenswert.

Dessen ungeachtet gibt es noch ausbaufähige Tourismus-Variante: Es gibt eine beachtliche Zahl von Fachleuten aus vielen Ländern, die sich für das Projekt IBA und seine Folgen interessieren, sich vor Ort umschaun und Fachartikel und Forschungsarbeiten schreiben. Leider wurde vom Land NRW wie von der Region bisher versäumt, diese Art von Fach-Tourismus systematisch mit einem systematischen Archiv zur IBA und fachlich begleiteten Rundfahrten zu entwickeln.

Ein besonderes Augenmerk galt den sozialen Initiativen und den Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen. Einerseits konnte die IBA in diesem Bereich an bereits in den 1980er Jahren entstandene Initiativen anknüpfen, andererseits hat sie das Entstehen solcher Initiative gefördert und unterstützt. Bei der Realisierung vieler der IBA-Projekte wurden gezielt Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen eingebunden und teils wurden ausführende Unternehmen animiert, zusätzlich Arbeitslose für die Realisierung von Projekten einzustellen.

2.5.2. Das Solar-Energie-Cluster Gelsenkirchen⁴⁹

Im Rahmen der IBA gab es auf dem Gelände der Zeche Zollverein in Essen ein spezielle Projekt zur Förderung der Photovoltaik. Auf Zollverein gab es eine Dauerausstellung zu diesem Thema. Ziel war es, mit diesem Projekt die Photovoltaik bekannter zu machen und eine Massenproduktion anzuregen, um die Produktionskosten für Photovoltaikanlagen zu senken. In eine Reihe von IBA-Projekte wurden deshalb Photovoltaikanlagen integriert. Zwei große Photovoltaikanlagen wurden in den Wissenschaftspark Gelsenkirchen und in das Projekt "Akademie Mont Cenis", eine Fortbildungseinrichtung der Landesverwaltung NRW, in Herne integriert, die auf der Brache der ehemaligen Schachanlage Mont Cenis errichtet wurde (beides IBA-Projekte). In Gelsenkirchen-Bismarck wurde eine so genannte Solarsiedlung gebaut, deren Häuser von vornherein auf die Installation von Photovoltaikanlagen konzipiert wurden. Aber auch viele ältere Gebäude im Ruhrgebiet wurden entsprechend nachgerüstet.

Gelsenkirchen war seit langem Standort einer Glasproduktion. Da Glas bei der Produktion von Photovoltaikanlagen eine wichtige Rolle spielt, hat dieses Unternehmen in den 1990er Jahren eine Produktionslinie für Solarzellen aufgebaut. In den folgenden Jahren siedelten sich weitere Unternehmen mit neue Produktionsstätten und in einem Fall auch mit dem Unternehmenssitz in Gelsenkirchen an. 2004 wurde unter dem Namen "Solarstadt" ein Förderverein gegründet, der ein Netzwerk aus Energieversorgern, Solarenergie Woh-

48. Quelle: Zahlenspiegel Metropole Ruhr

49. Vgl. Atlas der Metropole Ruhr, S. 114 f.

nungswirtschaft, Fachhochschule und Handwerk bildet. 2007 eröffnete das Fraunhofer-Institut für Solarenergie eine Serviceeinheit in Gelsenkirchen. Im Zuge der IBA entwickelte die Stadt Gelsenkirchen seit 1997 ein umweltorientiertes Leitbild. In diesen Prozess waren die lokale Agenda 21, Qualifizierungsinitiativen, die Arbeitslose zu Fachkräften für die Solarzellenproduktion ausbildeten, und runde Tische aus Unternehmen, Bürgern, Beratern und Stadtverwaltung eingebunden. Ergänzt wurde diese auf die Bürger und Bürgerinnen der Stadt ausgerichtete Handeln der Stadt durch kleine entwicklungspolitische Kooperationen in Südafrika und Südamerika. So gelang es der Stadt Gelsenkirchen im Rahmen der IBA ein Solar-Cluster zu entwickeln, das 2008 etwa 1.000 Arbeitsplätze zählte.

Allerdings ist eine solche Entwicklung wie in Gelsenkirchen in hohem Maße abhängig von bundespolitischen und EU-Entscheidungen. Nur wenn es politische Rahmenbedingungen gibt, die eine gezielte Förderung regenerierbarer Energieproduktion zulässt, können solche Modelle und Strategien entwickelt werden. Zumindest in der Startphase sind solche Projekte gleich konkurrenzfähig zu den etablierten Energieproduzenten. Nötig sind vor allem auch Ressourcen für die politischen Beteiligungsprozesse. Denn auch die müssen von professioneller Hand organisiert und begleitet werden.

2.5.3. Die Arbeitsweise der IBA

Insgesamt hat die IBA rund 120 Projekte zwischen 1989 und 1999 entwickelt und realisiert. Interessant ist die Methodik, mit der die IBA vorgegangen ist. Die Projekte wurden in enger Kooperation zwischen der IBA und den beteiligten Kommunen bzw. Initiativen entwickelt. Als Fachleute wurden gezielt Experten aus der Region und aus dem Ausland eingebunden.

Die IBA selbst hat keine Fördermittel zur Verfügung gehabt. Sie hat vorgeschlagene Projekte bewertet und mit Experten und den Initiatoren weiterentwickelt. In einem ausführlichen Diskussionsprozess innerhalb der IBA wurden dann Projekte ausgewählt, die aus Sicht der IBA realisierungswürdig waren. Diese Projekte wurden dann aus den entsprechenden kommunalen Mitteln sowie aus bestehenden Förderprogrammen des Landes NRW und aus EU-Programmen finanziert. Handelte es sich um Projekte privater Initiatoren, mussten diese stets auch einen Eigenanteil beisteuern. Damit sollte erreicht werden, dass private Initiativen nicht nur Geld "abgreifen", sondern dass sie sich nachhaltig mit den geförderten Projekten in der Region engagieren. Dieser Ansatz hat sich durchaus bewährt. So genannte Strohfeuerprojekte – also Projekte, die kurz nach einer imposanten Eröffnungsveranstaltung wieder eingestellt werden –, von denen es nicht wenige im Ruhrgebiet gibt, hat die IBA mit ihrer Methodik vermeiden können.

Der Erfolg der IBA liegt darin, dass sie mehrdimensional gearbeitet hat. Sie hat einerseits weiche Standortfaktoren spürbar und nachhaltig verbessert. Gleichzeitig hat sie zur realen Neuansiedlung von Unternehmen beigetragen. Sie hat ökologische und soziale Anliegen mit Stadtentwicklung, Industrie- und Wirtschaftspolitik und einer Umstrukturierung alter Industriestrukturen erfolgreich verknüpft und an Besonderheiten und Stärken der Region angeknüpft. Und es war eine erfolgreiche Kombination von staatlichem, zivilgesellschaftlichem und privatwirtschaftlichem Handeln, das vergleichsweise hochgradig transparent und öffentlich und partizipativ organisiert war. Nicht zuletzt gründete der Erfolg der IBA in ihrem regionalen Ansatz, der es ermöglichte, die üblichen und meist kontraproduktiven Konkurrenzen zwischen den Kommunen des Ruhrgebiets IBA-Jahrzehnt stark zu minimieren.

Kritisch begleitet wurde die IBA durch das zivilgesellschaftliche Projekt "IBA von unten"⁵⁰. Hier ist nicht der Ort, darauf näher einzugehen. Da die IBA von unten aber Bestandteil des IBA-Prozesses war, soll hier zumindest drauf verwiesen werden, dass es eine solche kritische zivilgesellschaftliche Begleitung der IBA gab. Diese Form der kritischen Öffentlichkeit hat ohne Zweifel zu den Erfolgen der IBA beigetragen.

Leider haben weder das Land noch die beteiligten Kommunen den Ansatz der IBA nach ihrem Ende systematisch weiterentwickelt.

Die Stärke der IBA wird deutlich im Vergleich zu dem Konkurrenzansatz mit dem zuvor skizzierten Centro Oberhausen. Das Centro Oberhausen steht in scharfer Konkurrenz zu den Nachbarstädten. Es versucht möglichst viel Kaufkraft nach Oberhausen zu ziehen, ohne zu sehen, welche Konsequenzen das für die gesamte Region hat. Dies ist dem Interesse des Investors geschuldet, der nicht an der Entwicklung der gesamten Region interessiert ist, sondern am Erfolg seines Projektes. Konkurrenz bestimmt aber nicht nur das Verhältnis zu den Nachbarstädten, sie wirkt auch innerhalb Oberhausens. Nach der Eröffnung des Centro Oberhausen, das auch als Neue Mitte Oberhausen firmiert, ist das alte Stadtzentrum von Oberhausen mit seiner historischen Einkaufszone innerhalb weniger Jahre mehr oder weniger verfallen. Die Implementierung der IBA als Projekt der Landesregierung NRW mit ihrem spezifischen und partizipatorischen Ansatz hat solche destruktiven Konkurrenzen bzw. Nullsummenspiele vermieden.

2.6. "New Park"⁵¹

Zum Ende dieses Abschnitts soll noch kurz auf ein Industrie-Ansiedlungsprojekt eingegangen werden, das sich seit 1997 in einer Diskussionsschleife befindet, möglicherweise doch noch eines Tages in einer abgespeckten Form realisiert wird. Dieses Projekt wurde von dem damaligen Geschäftsführer der Vestischen Gruppe der IHK zu Münster (dieser Name bezeichnet einen Gebietsteil des nördlichen Ruhrgebiets) entwickelt. Veröffentlicht wurde dieses Konzept mit dem Namen "New Park" vier Jahre nach der Etablierung des EU-Binnenmarktes und zu einer Zeit, in der der Arbeitsplatzabbau im Ruhrbergbau sich sehr zugespitzt hatte und die Arbeitslosenzahlen im Ruhrgebiet sich zwischen 15 % und 20 % bewegten.

"New Park" basiert anfänglich auf dem gerade gestarteten EU-Binnenmarkt und sollte transnationale Unternehmen ins Ruhrgebiet ziehen, um sich von hier einen Zugang zum EU-Binnenmarkt zu öffnen. Gedacht war "New Park" als ein Territorium, das sich über mehrere benachbarte Kommunen erstreckt und einen rechtlichen Sonderstatus erhalten sollte. Dieser rechtliche Sonderstatus sollte die Unternehmen, die sich in "New Park" ansiedeln sollten, von den üblichen steuer-, tarif- und umweltrechtlichen Verpflichtungen entbinden. In dem Konzept war von fünf Tausend Arbeitsplätzen die Rede, die auf diesem Territorium entstehen sollten. Die daraus resultierenden Einnahmeverluste der beteiligten Kommunen sollten kompensiert werden durch die Ansiedlung eines Kasinos auf dem New-Park-Gelände. Kommunen und DGB waren als Betreiber des Kasinos vorgesehen. Sie sollten sich auch den Gewinn aus dem Kasinobetrieb teilen.

50. Vgl. Zehn Jahre Bauausstellung Emscherpark. <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/vsp/soz/992405.htm> Weitere Artikel aus dem Umfeld der IBA von unten finden sich im Literaturverzeichnis. Im Literaturverzeichnis finden sich eine Reihe weiterer Verweise auf kleinere Artikel zur IBA, darunter zwei Interviews mit dem Chef der IBA, Karl Ganser, und Artikel aus dem Umfeld der IBA von unten.

51. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

Der damalige NRW-Wirtschaftsminister, ein Sozialdemokrat, hat dieses Konzept unterstützt. Dabei stand es im Widerspruch zum Ansatz der IBA, die über zehn Jahre einen Ansatz entwickelt hatte, der der gesamten Region nördliches Ruhrgebiet zugute kommen sollte und der sich verabschiedet hatte von der Vorstellung, man könne die alte Montanindustrie wiederbeleben. "New Park" dagegen war ein punktueller Ansatz, der dem Modell alten Montanindustrie verhaftet war und in seiner Wirkung auf ein Nullsummenspiel hinausgelaufen wäre. Zu Fall gebracht wurde das ursprüngliche Konzept aus der IHK selbst heraus: Unter den Unternehmen und Handwerkern, die vor den Toren von "New Park" bleiben sollten, dominierte die Furcht, dass sie gegen die "New-Park"-Konkurrenz aufgrund der dortigen kostengünstigeren steuer-, tarif- und umweltrechtlichen Konditionen chancenlos bleiben. Die späteren Neuauflagen von "New Park" haben auf diese Sonderkonditionen verzichtet. Dennoch kam es bisher nicht zu einer Realisierung dieses Konzepts, aber auch nicht zu einem definitiven Verzicht darauf. Regelmäßig flammt die Diskussion im nördlichen Ruhrgebiet über dieses Konzept wieder auf.

V. Die Förderinstrumente der Öffentlichen Hand

1. Öffentliche Investitionen

Ein klassisches Instrument in Händen der öffentlichen Hand sind Investitionen in die öffentliche Infrastruktur⁵². Von diesem Instrument hat die nordrhein-westfälische Landesregierung in den 1960er und 1970er Jahren noch intensiv Gebrauch gemacht. Am 5. März 1968 legte die damalige Landesregierung den Entwicklungsprogramm Ruhr 1968-1973 vor. Am 14. März 1968 vor der Entwicklungsplan Ruhr durch den damaligen Ministerpräsidenten Heinz Kühn im Rahmen einer Presskonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieser Plan war auf mehrere Jahre angelegt und beinhaltete ein Investitionsvolumen von 25 Milliarden DM (12,78 Milliarden Euro). Der Entwicklungsplan Ruhr sah Investitionen in den Straßenbau, in den Aufbau eines Stadtbahn-Netzes, in innenstadtnahen Wohnungsbau, in die Reduzierung der Luftverschmutzung und in Naherholungsgebiete vor⁵³.

Seit den 1980er Jahren hat die Landesregierung dieses Instrument allerdings nur noch in reduziertem Umfang genutzt. Mittlerweile gibt es einen enormen Investitionsstau insbesondere in die Verkehrsinfrastruktur, die im Ruhrgebiet langsam verfällt. Mittlerweile wird das zu einem realen Standortproblem. Die mittlerweile gesetzlich festgeschriebene Schuldenbremse erschwert es, dieses Problem zu lösen. Investitionen wären dringend nötig, um den Standort Ruhrgebiet zu erhalten und um Arbeitsplätze zu schaffen.

52. Einen Gesamtüberblick über die strategischen Investitionen zur Förderung von Forschung und Wirtschaft im Ruhrgebiet gibt der Atlas der Metropole Ruhr. Kritische Anmerkungen finden sich in den beiden im Literaturverzeichnis genannten Bänden von Hermann Bömer u.a., die sich allerdings weitgehend auf Dortmund begrenzen.

53. Chronik des Ruhrgebiets, 1987, S. 543.

Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Entwicklungsprogramm Ruhr 1968 - 1973, Düsseldorf 1968 (Quelle: <http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/txt/normal/txt241.pdf>).

Erläuterung des "Entwicklungsprogramms Ruhr" durch Ministerpräsident Heinz Kühn - Pressekonferenz am 14. März 1968 | HSA NW 423 Nr. 115 (Quelle: http://protokolle.archive.nrw.de/texte/as971_3_2.htm).

2. Eine neue Universitäts- und Hochschullandschaft entsteht

Eine wichtige Rolle im Strukturwandel des Ruhrgebiets spielen die Universitäten und Hochschulen, obgleich sie ursprünglich nicht im Blick auf den Strukturwandel gegründet wurden. Sie sollten zunächst nur den Bedarf an akademischen Berufen vor Ort decken.

Auch Universitäten und Hochschulen repräsentieren öffentliche Investitionen und schaffen Arbeitsplätze.

Die erste Universität, die im Ruhrgebiet gegründet wurde, war die Ruhr Universität in Bochum. Sie war zugleich die erste Universitätsgründung in der Bundesrepublik. 1965 nahm sie ihren Lehrbetrieb als Reformuniversität auf. Sie wurde als Campus-Universität im Süden von Bochum erbaut. Eine Besonderheit ist die medizinische Fakultät. Sie hat keine eigene zentrale Universitätsklinik, sondern eine ganze Reihe von Kliniken aus Bochum und den Nachbarstädten sind zu einem Klink-Netzwerk verknüpft worden, die als dezentrales Universitätsklinikum der Universität Bochum zugeordnet sind. Die Ruhr Universität zählt zu den 10 größten Universitäten der Bundesrepublik und ist heute ein bedeutender Arbeitgeber in Bochum.

1968 nahm die Technische Universität Dortmund ihren Lehrbetrieb auf, 1972 folgte die Eröffnungen der Gesamthochschulen in Essen und Duisburg, die 2003 durch die Landesregierung zur Universität Duisburg-Essen zusammengeführt wurden unter Beibehaltung der jeweiligen Standorte.

Diese drei Universitätsgründungen werden ergänzt durch eine Reihe von Fachhochschulen und Instituten, die im wesentlichen ebenfalls in den 1960er und 1970er Jahren gegründet wurden. Ende der 1980 Jahre etablierte die Landesregierung das Wissenschaftszentrum NRW mit drei Instituten: das Institut Arbeit und Technik Gelsenkirchen (IAT, Gründung 1988), das Kulturwissenschaftliche Institut Essen (KWI, Gründung 1989) und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Gründung 1990). 2006 hat die Landesregierung diese drei Institute mit verschiedenen Hochschulen im Ruhrgebiet vernetzt.

Erwähnenswert ist noch die DASA, die Deutsche Arbeitsschutzausstellung, die 1993 als Teil der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Dortmund eröffnet wurde, sowie die KOWA, die Kooperationsstelle Wissenschaft–Arbeitswelt an der Technischen Universität Dortmund. Beide Einrichtungen fungieren auf ihre je spezielle Weise als Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt.

3. Kommunale Wirtschaftsförderung, Technologie- und Gründerzentren

Ab Mitte der 1980er Jahre begannen erste Kommunen, Technologie- und Gründerzentren und kommunale Wirtschaftsförderungen aufzubauen. In den 1990er Jahren erfolgte im Rahmen der oben skizzierten IBA eine gezielte Ausweitung der Technologie- und Gründerzentren. 2009 gab es 26 solcher Zentren. Die bedeutendsten und erfolgreichsten Technologie- und Gründerzentren haben sich im Umfeld der Universitäten Dortmund, Bochum und Essen entwickelt. Der Landesregierung und den zuständigen Kommunen ist es damit gelungen, die Universitäten und einen Teil der Fachhochschulen im Ruhrgebiet zu Kristallisationspunkten für den Strukturwandel weiter zu entwickeln.

Die finanziellen Mittel für diese Einrichtungen und ihre Entwicklung zu dem, was sie heute sind, kamen – allerdings nur zu einem geringen Anteil – aus kommunalen Haushalten, aus dem Landeshaushalt und aus den entsprechenden EU-Förderprogrammen.

Um die nicht selten destruktiven Konkurrenzen zwischen den Kommunen bei ihrer Ansiedlungs- und Förderpolitik einzudämmen, wurden auf Initiative der EU in 1990er Jahren Regio-

nalbüros eingerichtet, die jeweils für mehrere Kommunen des Ruhrgebiets zuständig waren. Den Regionalbüros standen Beiräte zur Seite, in denen die jeweiligen Kommunen, Gewerkschaften, IHKs und Repräsentanten der Träger von Beschäftigungsinitiativen vertreten waren. Die Büros haben Antragsteller bei der Erarbeitung von Förderanträgen beraten. Die Beiräte haben dann darüber entschieden, welche Anträge an die Landesregierung zur endgültigen Entscheidung weitergeleitet werden. Inhaltlich ging es um Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Forschungsprojekte, die den Strukturwandel im Ruhrgebiet befördern sollten. Dazu gehörte auch die Förderung der Entwicklung von Fortbildungsmaßnahmen, die in den Betriebsablauf integriert und vor allem zur Modernisierung von KMUs gedacht waren. Die Fördermittel setzten sich zusammen aus Haushaltsmitteln des Landes NRW, Fördermitteln der EU (Ziel-2-Gebiet) und Eigenmitteln der Projektträger.

4. Gründungsoffensiven im Ruhrgebiet

Der KMU-Bereich im Ruhrgebiet gilt nach wie vor im Vergleich zu anderen Regionen der Bundesrepublik als unterentwickelt. Um das zu ändern hat die Landesregierung NRW seit Mitte der 1990er Jahre mehrere Gründungsoffensiven gestartet, um den KUM-Bereich zu stärken. Im Ruhrgebiet wurden dazu auch EU-Mittel (Ziel-2-Gebiet) eingesetzt. An den Gründungsoffensiven im Ruhrgebiet waren neben der Landesregierung auch Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, Gewerkschaften, die Arbeitsverwaltung, kommunale Wirtschaftsinstitutionen, Banken, Hochschulen und Technologiezentren beteiligt.

Aus verschiedenen Gründen sind die Gründungsoffensiven bisher nur sehr begrenzt erfolgreich gewesen. Ein Grund ist sicher, dass die Montanindustrie nur wenig Raum für die Entwicklung von KMUs gelassen hat. Ein Großteil der KMUs im Ruhrgebiet waren Zulieferbetriebe für die Montanindustrie und sind mit der Montanindustrie untergegangen. Ein KMU-Sektor, der unabhängig von einer Großindustrie überlebensfähig ist, ist daher im Ruhrgebiet eine ungewohnte Vorstellung, die sich erst einmal durchsetzen muss. Davon abgesehen ist ein KMU-Sektor auch nur schwer aufzubauen in einer Region, die von einer Armutsökonomie geprägt ist, also seit mehr als zwei Jahrzehnten mittlerweile unter einem ausgeprägten Mangel an Kaufkraft leidet.

5. Der zweite Arbeitsmarkt

Die aus dem Strukturwandel resultierende überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet hat mehr erfordert als eine geordnete Abwicklung des Bergbaus und eine Neuanstellungspolitik. Deshalb haben die Arbeitsverwaltungen und die Kommunen seit Ende der 1980er Jahre einen so genannten zweiten Arbeitsmarkt aufgebaut. Die Akteure des zweiten Arbeitsmarktes waren Wohlfahrtsverbände, soziale Initiativen und Kommunen.

Einerseits wurden Menschen, die aus verschiedenen Gründen keine Chance mehr auf einen Arbeitsplatz im so genannten ersten Arbeitsmarkt hatten, immer wieder in Arbeit gebracht. Für Langzeitarbeitslose waren diese Maßnahmen als Fortbildung angelegt, um ihre Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz zu erhöhen. Für junge Menschen waren diese Projekte oft eine Brücke zwischen dem Ende der Schulzeit und dem Beginn einer regulären Ausbildung.

Die Tätigkeitsfelder dieser Initiativen waren allerdings heftig umstritten. Vor allem örtliche Handwerker und Gewerkschaften fürchteten, dass die Initiativen des zweiten Arbeitsmarktes weitere Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt vernichten könnten. Deshalb war ein ständiger Abstimmungsprozess über Arbeiten, die von den Initiativen des zweiten Arbeitsmarktes ausgeführt werden durften, nötig.

Dennoch hätte der Strukturwandel ohne einen zweiten Arbeitsmarkt zu noch härteren Brüchen und sozialen Verwerfungen geführt, als es ohnehin schon der Fall ist.

Durch die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 (auch als Hartz-Reformen bekannt) sind die Instrumente, die einen zweiten Arbeitsmarkt ermöglicht haben, weitgehend zerstört worden.

6. Das Ruhrgebiet – eine politische Patchwork-Landschaft

Ein spezifisches Problem des Ruhrgebiets ist seine politische Struktur. Politisch definiert ist das Ruhrgebiet durch den Regionalverband Ruhr (RVR), dessen Vorläufer, der Siedlungsverband Ruhr, 1920 gegründet wurde. Heute gehören dem RVR 53 Städte an, eigentlich eine Stadt bilden. Im Gebiet des RVR leben gut 5 Millionen Menschen. Der Sitz des RVR ist Essen.

Der Siedlungsverband Ruhr wurde mit dem Ziel gegründet, die Entwicklung des Ruhrgebiets nach dem ersten Weltkrieg zentral und systematisch voranzubringen. Dieser Auftrag bezog sich vor allem auf die Besiedlung und auf eine systematische und seuchenvermeidende technische und Versorgungsinfrastruktur.

Bis zum heutigen Tage sind die Kompetenzen aller Nachfolgeorganisationen bis hin zum RVR strittig geblieben und sie wurden immer wieder verändert – mal verkleinert, mal vergrößert. Die Mitgliedsstädte sehen sich chronisch in ihrer Eigenständigkeit bedroht. Und die anderen Landesteile NRWs fürchten, das Ruhrgebiet könnte innerhalb des Landes NRW zu einem unkontrollierbaren Machzentrum werden, wenn der RVR mit realen Machtkompetenzen ausgestattet würde. Aus dem gleichen Grund ist das Ruhrgebiet auch nach jahrzehntelanger Diskussion noch immer auf drei Regierungsbezirke⁵⁴ aufgeteilt und auf zwei Landschaftsverbände. Für eine systematische und offensive Entwicklung des Ruhrgebiets ist das das entscheidende Hemmnis.

6.1. Metropole Ruhr und europäische Kulturhauptstadt Ruhr 2010⁵⁵

Den letzten Anlauf, diese politische Zersplitterung zu überwinden, stellte die europäische Kulturhauptstadt 2010 dar. Während die IBA auf das nördliche Ruhrgebiet begrenzt war, hat das Projekt der Kulturhauptstadt das gesamte RVR-Gebiet einbezogen und zielte darauf, das Bewusstsein einer einheitlichen Region zu stärken. Formal war zwar Essen die europäische Kulturhauptstadt 2010. Dennoch gelang es, diese Projekt zu einem Projekt der durch den RVR definierten Region zu machen, an dem sich alle Städte des RVR beteiligt haben.

Ursprünglich stand im Mittelpunkt der europäischen Kulturhauptstadt ein Kulturaustausch auf europäischer Ebene. Sie wird seit 1985 regelmäßig durchgeführt und geht auf einen Vorschlag der damaligen griechischen Kulturministerin Melina Mercouri zurück. Mittlerweile stehen aber Themen wie Kulturwirtschaft, Kreativwirtschaft und Tourismus im Mittelpunkt des Projektes europäische Kulturhauptstadt. Diesem Trend folgend haben die für die Kulturhauptstadt 2010 Verantwortlichen dieses Projekt gänzlich in den Dienst von Tourismus- und Wirtschaftsförderung gestellt. Neben dem Tourismus sollte vor allem die im Ruhrgebiet nicht gerade üppig vertretene Kreativwirtschaft gefördert werden. Davon versprachen sich die politisch Verantwortlichen eine neue Anziehungskraft des Ruhrgebiets für

54. Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen: http://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirke_in_Nordrhein-Westfalen

55. Vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen

Industrieansiedlungen, da Industrieunternehmen für ihr Marketing auf Dienstleistungen der Kreativwirtschaft zugreifen.

Der RVR hat das Kulturhauptstadt-Projekt in enger Kooperation mit der Stadt Essen und der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 als der eigens für die Realisierung gegründeten Gesellschaft, politisch verantwortet. Um für die Realisierung des Ziels, die Kulturhauptstadt zur Förderung der regionalen Wirtschaft zu nutzen, ein Instrument in der Hand zu haben, hat der RVR zum 1. Januar 2007 die Wirtschaftsförderung Metropol Ruhr GmbH gegründet. Der Begriff "Metropol Ruhr" sollte das Gefühl für die Region als ganze stärken. Aufgabe dieser Gesellschaft ist es seit dem, Wirtschaftsförderung auf RVR-Ebene zu betreiben.

Die Kreativwirtschaft ist bis heute nicht im Ruhrgebiet angekommen und auch andere mit der Kulturhauptstadt verbundene Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Das nachhaltigste Projekt der Kulturhauptstadt 2010 dürfte die Gründung der Metropol Ruhr gewesen sein. Eine Wirtschaftsförderung auf RVR-Ebene zu etablieren, war richtig und sinnvoll, obgleich es nach wie vor Kompetenzstreitigkeiten zwischen den kommunalen Wirtschaftsförderungen und der Metropol Ruhr gibt. Sie ist aber eine wichtige Voraussetzung dafür, die destruktiven Konkurrenzen zwischen den Ruhrgebietskommunen in der Wirtschaftsförderung zu überwinden und eine koordinierte RVR-weite Raum-, Verkehrs-, Stadt- und Wirtschaftsplanung zu etablieren.

VI. Fazit

Laut der der Wirtschaftsförderung Metropol Ruhr⁵⁶ GmbH zählte 2013 der primäre Sektor im RVR-Gebiet 3.262 (0,21%) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, der sekundäre Sektor 419.891 (26,49%) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und der tertiäre Sektor 1.162.081 (73,31%) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Für 1976 zeigt die gleiche Statistik folgende Zahlen: der primäre Sektor zählte im Ruhrgebiet noch 8.416 (0,47%) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, der sekundäre Sektor noch 1.046.836 (57,90%) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und der tertiäre Sektor erst 752.858 (41,64%) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Die Gesamtzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im Ruhrgebiet betrug 1976 noch 1.808.110, in 2013 betrug sie nur noch 1.585.234. Der Verlust an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in diesem Zeitraum beträgt also 222.876.

Diese Zahlen belegen noch einmal die Dramatik des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Es hat innerhalb von vier Jahrzehnten eine enorme Entwicklung vom industriellen Sektor zum Dienstleistungssektor durchlaufen. Ein Teil der Zunahme des tertiären Sektors erklärt sich daraus, dass seit Mitte der 1990er Jahre Industrieunternehmen Teile ihrer Verwaltung in eigenständige Unternehmen ausgegründet haben und diese statisch jetzt als unternehmensbezogene Dienstleistungen gewertet werden. In einigen Bereichen, wie z.B. dem Gesundheits- und Sozialsektor, dem Bereich Erziehung und Unterricht und im Bereich wissenschaftlicher und technischer Dienstleistungen hat es allerdings auch reale Zuwächse an Arbeitsplätzen gegeben⁵⁷. Die prozentuale Zunahme des tertiären Sektors ist zum Teil aber auch daraus zu erklären, dass der Beschäftigungsanteil im sekundären Sektor deutlich geschrumpft ist und es

56. Vgl. Statistik des RVR: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Metropol Ruhr, 2013

57. Vgl. Anm. 56

schon allein dadurch zu einer Verschiebung des Größenverhältnisses zwischen sekundärem und tertiärem Sektor kommt.

Trotz seines Schrumpfens liegt der sekundäre Sektor im Ruhrgebiet mit einem prozentualen Anteil von 26,49 % immer noch rund 10-Prozent-Punkte über dem EU-Durchschnitt. Das kann durchaus als Erfolg der oben skizzierten industrie- und strukturpolitischen Maßnahmen und Projekte gewertet werden.

Wie die Zahlen oben zeigen, ist es bis heute aber nicht gelungen, alle Arbeitsplätze, die im Zuge des Strukturwandels verloren gegangen sind, durch neue zu ersetzen. Das schlägt sich in den Arbeitslosenzahlen des Ruhrgebiets nieder: Die Arbeitslosenquote betrug im Dezember 2014 für das Ruhrgebiet (RVR) 10,4 % (= 268.412 Erwerbslos) und lag damit deutlich über der Arbeitslosenquote der Bundesrepublik in Höhe von 6,4 % (= 2.763.521 Erwerbslose; Arbeitslose in % auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen).

Die Analysen des Zentrums für interdisziplinäre Regionalforschung an der Universität Bochum (ZEFIR) zeigen noch ein weiteres Problem auf. Der Strukturwandel hat offensichtlich zu einer starken sozialen Spaltung innerhalb des Ruhrgebiets geführt. Der südliche Teil, in dem die Universitäten und ein größerer Teil der Fachhochschulen angesiedelt ist, hat sich wesentlich positiver entwickelt als der Norden des Ruhrgebiets. Die Trennungslinie zwischen diesen beiden Teilen des Ruhrgebiets verläuft ziemlich genau entlang der BAB 40, die das Ruhrgebiet in Ost-West-Richtung durchläuft. Die Forscher des ZEFIR⁵⁸ bezeichnen die BAB 40 aus diesem Grunde als "Sozialäquator" des Ruhrgebiets. Diese Spaltung ist durch beschriebenen struktur- und industriepolitischen Maßnahmen nicht verhindert, sondern bestenfalls abgemildert worden. gegenwärtig ist auch nicht zu erkennen, dass seitens politisch Verantwortlichen das Interesse oder gar der Wille besteht, politische Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um diese Spaltung zurückzudrehen.

Aus verschiedenen Gründen waren in der Montanindustrie Frauen nur im Verwaltungsbereich beschäftigt. Daher lag die Frauenbeschäftigungsquote im Ruhrgebiet lange unter dem Bundesdurchschnitt. Durch die Tertiärisierung der Arbeitswelt des Ruhrgebiets hat sich die Frauenbeschäftigungsquote merklich erhöht. Denn in einigen Bereichen des tertiären Sektors stellen Frauen einen deutlich größeren Anteil der Beschäftigten als Männer.

Ein grundlegendes Problem der Tertiärisierung ist die Qualität der Arbeitsplätze. Besonders in den Bereichen Handel, Logistik, Gaststätten, Tourismus und Freizeit sind die Arbeitsbedingungen im Vergleich zu denen in der alten Montanindustrie deutliche schlechter.

Ein Teil der oben skizzierten Maßnahmen haben darauf gezielt, dass die unmittelbar vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht in dauerhafte Arbeitslosigkeit und damit in Armut gefallen sind. Sozialpolitisch war das ein sinnvolles Vorgehen. Kritikwürdig bleibt aber, dass von diesen Maßnahmen vorrangig Beschäftigte großer Unternehmen mit starken Betriebsräten und gewerkschaftlicher Vertretung profitiert haben. Die Beschäftigten kleinerer Betriebe haben kaum oder gar nicht von sozialpolitische Maßnahmen profitiert. Und nicht immer war den Beteiligten ausreichend bewusst, dass ein sozial begleiteter Arbeitsplatzabbau noch keinen Ersatz für die weggebrochenen Arbeitsplätze bedeutet. Er zwar gesellschaftliche Spaltungsprozesse verlangsamt, aber nicht verhindert, da der hohe Verlust an Arbeitsplätzen den jüngeren Generationen den Zugang zur Erwerbsarbeit erschwert

58. Vgl. Kersting, Volker / Meyers, Christian / Strohmeier, Klaus Peter / Terpoorten, Tobias: Die A 40 – Der Sozialäquator des Ruhrgebiets. In: Atlas der Metropole Ruhr, S. 142 ff. Vgl. weiterhin den Beitrag von Klaus Peter Strohmeier, Die soziale Lage im nördlichen Ruhrgebiet. In: Bitter, Karl.Heinz / Klute, Jürgen (Hg.): Dokumentation: Sozialkonferenz Herne 2002. Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Band 39. Lit Verlag, Münster 2002, S. 33-52 sowie die Webseite des ZEFIR: <http://www.zefir.ruhr-uni-bochum.de/>

und zu oft auch unmöglich gemacht hat. Ein sozialverträglicher Arbeitsplatzabbau ist eben keineswegs auch regionalverträglich.

In den Gewerkschaften wird die Entwicklung des Ruhrgebiets eher kritisch gewertet, da die damit verbundenen Umstrukturierungen zu erheblichen Machtverschiebungen zwischen den Gewerkschaften und für die Gewerkschaften als Ganze geführt haben. Zum einen haben IG-BCE und die IG Metall enorm an Einfluss im Ruhrgebiet verloren, während Verdi relativ an Einfluss gewonnen hat. Zum anderen haben die Gewerkschaften insgesamt an Einfluss verloren, da im Dienstleistungssektor ein signifikant niedrigerer gewerkschaftlicher Organisationsgrad vorherrscht als in der alten Montanindustrie. Damit hat sich auch das eingangs skizzierte Dreieck aus Gewerkschaft, Montanindustrie und SPD überlebt, was seinen politischen Ausdruck in den Ergebnissen der Landtagswahl von 2005 gefunden hat. 2005 stellte die CDU erstmals nach 39 Jahren sozialdemokratischer Dominanz in NRW wieder eine Landesregierung.

Drei wichtige Beobachtungen sollen diese Ausarbeitung zum Strukturwandel und zur Industriepolitik im Ruhrgebiet abschließen.

Zunächst zeigt der Blick auf die Geschichte des Strukturwandels, dass eine gewerkschaftlich stark organisierte Arbeitnehmerschaft, die auch im politisch-parlamentarischen Raum gut vertreten ist, eine Voraussetzung für eine effektive Wirtschafts- und Industriepolitik im Sinne von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ist. Vermutlich wäre ohne den starken Einfluss der Gewerkschaften und Betriebsräte in der Montanindustrie selbige ähnlich schnell abgewickelt worden, wie in Großbritannien unter Margaret Thatcher. Das hätte zu einer noch stärkeren Deindustrialisierung des Ruhrgebiets und zu einer noch stärkeren gesellschaftlichen Spaltung im Ruhrgebiet geführt.

Unter den in den letzten Jahrzehnten realisierten Ansätzen einer Industrie- und Wirtschaftspolitik im Ruhrgebiet lassen sich zwei deutlich unterscheidbare Typen beobachten: ein integrativer und ein exklusiver Ansatz.

Für den integrativen Ansatz steht das IBA-Projekt und das Projekt der LogPorts in Duisburg. In beiden Projekten hat die Landesregierung eine wichtige aktive, gestaltende und koordinierende Rolle gespielt. Die Notwendigkeit einer tiefergreifenden Umstrukturierung der Wirtschaft wurde in diesen Projekten adressiert und insbesondere im IBA-Projekt wurde die betroffene Region systematisch in die Projektentwicklung und Realisierung einbezogen, auch wenn nicht alle Projekte gleich erfolgreich waren.⁵⁹ Die meisten Projekte haben sich bisher als nachhaltig erwiesen, auch wenn sie erst nach und nach ihre Erfolge zeigen. Die IBA mit ihrem methodischen Ansatz bestätigt somit die Richtigkeit der von Gabriel Colletis in seinem Artikel "An alternative European industrial policy?"⁶⁰ formulierte Forderung nach einer über die verschiedenen politischen Handlungsebenen abgestimmte und koordinierte Industriepolitik. Das bestätigt diejenigen politisch Verantwortlichen im Ruhrgebiet, die seit langem auf eine Überwindung der politischen Zersplitterung des Ruhrgebiets drängen.

Für den exklusiven Ansatz steht u.a. das Projekt Neue Mitte Oberhausen. Hier haben sich die politisch Verantwortlichen darauf beschränkt, einem Investor zu ermöglichen, ohne Auflagen auf einer mit öffentlichen Mitteln aufbereiteten Industriebranche ein Projekt zu realisieren. Das

59. Siehe das Interview mit Christoph Zöpel "Über zwanzig Jahre IBA Emscher Park, einen Bürgermeister fürs ganze Revier und eine große Bürgerinitiative" auf dem Journalisten Blog Ruhrbarone – <http://www.ruhrbarone.de/uber-zwanzig-jahre-iba-emscher-park-einen-buergermeister-furs-ganze-revier-und-eine-groese-buergerinitiative-interview-mit-christoph-zopel/2710>

60. Veröffentlicht in: Transform Jahrbuch 2015

Interesse des Investors war auf sein Projekt konzentriert, aber nicht auf die Entwicklung der Region. Dem Projekt lag auch keine Analyse der Situation der Region zugrunde und so war der Investor auch nicht mit der Frage konfrontiert, wie sich das Projekt sinnvolle in eine regionale Entwicklungsstrategie hätte einbinden lassen. Entscheidend war, dass sich in einem überschaubaren Zeitraum die Investitionen an diesem Standort amortisieren. Folglich war für die Investitionsentscheidung auch nicht relevant, dass das das Projekt Neue Mitte Oberhausen im Gegenzug zu den Arbeitsplätze, die es geschaffen hatte, an anderer Stelle Arbeitsplätze vernichtete – was von vornherein absehbar war und kritisiert wurde. Für die langfristige und strategische Entwicklung einer Region im Umbruch sind solche Projekte wenig förderlich.

Anfang 2015 hat der DGB NRW das Memorandum NRW 2020⁶¹: Gute Arbeit - Nachhaltige Entwicklung veröffentlicht. Es knüpft an den Stärken des bisherigen Strukturwandels an, benennt aber eben so die sozialen und infrastrukturellen Defizite, die zunehmend offensichtlicher werden und fordert die Verantwortlichen zu einem schnellen konzertierten Handeln auf, um das Erreichte nicht wieder zu verspielen und die Zukunft der Region aktiv zu gestalten. Wie weit diese Initiative trägt, muss sich zeigen und hängt natürlich auch von der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung ab, die diese Initiative erfährt.

Die Geschichte des Strukturwandels im Ruhrgebiet führt vor Augen, dass ein Strukturwandel nicht ein einmaliges und zeitlich befristetes Projekt ist, sondern ein permanenter Veränderungsprozess, der einer kontinuierlichen und klugen politischen Begleitung und Gestaltung bedarf.

61. <http://nrw.dgb.de/nrw2020>

VII. Literatur | Web-Artikel

Ansiedlungspolitik in Bochum

Opel

Adam Opel AG Werk Bochum I: http://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Opel_AG_Werk_Bochum_I

Adam Opel AG Werke Bochum II/III: http://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Opel_AG_Werke_Bochum_II/III

Ansiedlung - Was Opel nützt. RUHR. Der Spiegel Nr. 41 / 05.10.1960 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43066975.html>

"Opel-Werke nach Bochum", Zeitungsartikel der Ruhr-Nachrichten vom 21.05.1960 - http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/langDatensatz.php?urlID=1199&url_tabelle=tab_quelle

Aus fürs Opelwerk: Bochum fährt die letzte Schicht Der Spiegel online vom 05.12.2014 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/opel-bochum-fuer-mitarbeiter-beginnt-nachwerksschliessung-das-zittern-a-1006271.html>

Hubbertz, Hans: The times are a changing. Die Opel-Geschichte. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 1/1991, S. 11 ff.

Verkehrsinfarkt – Auf jeden Stau ein Straßenbau? – Mit Volldampf in die Sackgasse. Amos-Gespräch mit dem Direktor der Bochumer Adam Opel AG, Dr. Strinß. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 1/1991, S. 3 f.

Nokia

Nokia-Werk Bochum: https://de.wikipedia.org/wiki/Nokia-Werk_Bochum

RIM eröffnet Forschungs- und Entwicklungszentrum in Bochum Computerwoche 11.09.2018 <http://www.computerwoche.de/a/rim-eroeffnet-forschungs-und-entwicklungszentrum-in-bochum,1873309>

VW übernimmt BlackBerry-Entwicklungszentrum in Bochum WAZ 01.07.2014 <http://www.derwesten.de/staedte/bochum/vw-uebernimmt-blackberry-entwicklungszentrum-in-bochum-id9543021.html>

QVC

Bei QVC leisten immer mehr Agenten Heimarbeit WAZ 03.10.2011 <http://www.derwesten.de/staedte/bochum/bei-qvc-leisten-immer-mehr-agenten-heimarbeit-id5126728.html>

Blaupunkt Herne

http://www.herne.de/kommunen/herne/ttw.nsf/id/de_stadtgeschichte_vier

http://www.herne.de/kommunen/herne/ttw.nsf/id/de_stadtgeschichte_sechs

Centro Oberhausen | Neue Mitte Oberhausen

Centro Oberhausen: <http://de.wikipedia.org/wiki/Centro>

Gute Hoffnungshütte Oberhausen: <http://de.wikipedia.org/wiki/Gutehoffnungshütte>

Neue Mitte Oberhausen: http://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Mitte_Oberhausen

IBA | Emscher-Park

Blase, Dieter: Die IBA Emscherpark – Bilanz und Ausblick. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 2/1999, S. 12 f.

"Ein Haufen interessantes Zeug". Ein Amos-Gespräch mit Karl Ganser, dem Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA), über Erfolge und Mißerfolge beim Umbau einer alten Industrieregion. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 3/1999, S. 6 ff.

IBA Emscher-Park: http://www.iba-emscherpark.de/pageID_2507085.html

Inseln in der Emscherzone. Das Ganze ist das gemeinsame Denken. Amos-Interview mit Dr. Karl Ganser, Chef der IBA. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 2-3/1990, S. 3 ff.

Kurth, Markus: Vielseitig verwendbar – die Modernisierungspolitik der IBA Emscher Park. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 2/1999, S. 14 f.

Rommelspacher, Thomas: Re-Naturierung von Industriegewässern. Auch künftig nur eingeschränkte Lebensverhältnisse für Wassertiere und -pflanzen: der Umbau des Emschersystems. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 1/1999, S. 8 f.

Wissen, Markus: Modernität und Resteverwertung. Die IBA im Kontext regionaler Restrukturierung. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 1/1999, S. 6 f.

Logport Duisburg

Stahlwerke, Hütten- und Bergwerke Duisburg-Rheinhausen: http://de.wikipedia.org/wiki/Hütten-_und_Bergwerke_Rheinhausen

Duisport / Logport: <http://www.duisport.de/unternehmen/logport.html>

Logport Duisburg: http://de.wikipedia.org/wiki/Duisburger_Hafen_AG

Logport IV ist nicht das letzte Logport, Rheinische Post, 16.07.2014: <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/logport-iv-ist-nicht-das-letzte-logport-aid-1.4389111>

GFW Duisburg: Logistikstandort für Global Player: http://www.gfw-duisburg.de/immobilien_center/gewerbeparks/logport.php

Duisburger Hafengelände Logport 1 ist komplett vermarktet, WAZ, 19.03.2014: <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/vermarktung-von-logport-1-komplett-abgeschlossen-id9134236.html>

Metropole Ruhr | Kulturhauptstadt Ruhr 2010

Aufgabenstellung der Wirtschaftsförderung Metropol Ruhr: <http://business.metropol Ruhr.de/wir-ueber-uns/aufgaben.html>

Die Linke im RVR: Kulturhauptstadt 2010 Ein Jahr nur für die „Elite“ oder Entwicklungschance für die gesamte Region? Dokumentation des Workshops der Fraktion DIE LINKE. im RVR am 10. März 2007 – Kulturpolitische Positionen und Forderungen der Fraktion DIE LINKE. im RVR. http://www.dielinke-rvr.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-rvr.de/pdf/broschueren/broschuere_kulturhauptstadt_endgueltig.pdf

Die Linke im RVR: Konferenz „Was ist, was bleibt?“ zur Kulturhauptstadt 2010, 2.5.2009 (Dokumentation). http://www.dielinke-rvr.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-rvr.de/pdf/brosch_Kulthptst_Konf_rz_web_1_.pdf

Masterplan Kulturmetropole Ruhr, Essen 2008. http://www.metropol Ruhr.de/fileadmin/user_upload/metropol Ruhr.de/Bilder/Regionales_Management/Kultur_Sportfoerderung/Masterplan_Kulturmetropole_Ruhr.pdf

Kurzfassung für das Treffen der Kulturdezernenten der Städte und Kreise

Metropol Ruhr: <http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/zukunftsperspektiven/metropol Ruhr/metropol Ruhr.php?p=2>

Kulturhauptstadt Europas Ruhr.2010: <http://archiv.ruhr2010.de>

Prosek, Achim / Schneider, Helmut / Wessel, Horst A. / Wetterau, Burkhard / Wiktorin, Dorothea (Hg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild. Emons Verlag, Köln 2009.

Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen: http://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirke_in_Nordrhein-Westfalen

Schilling, Konrad A. (Hg.): Kulturmetropole Ruhr Perspektivplan II. Essen, 2007.

Willamowski, Gerd / Nellen, Dieter / Bourrée, Manfred (Hg. für den KVR): Ruhrstadt - Kultur kontrovers. Klartext Verlag, Essen 2003.

Montan- und Energie-Industrie:

Bierabende im Revier. Kohlepreis. Der Spiegel Nr: 8 / 22.02.1956 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31587489.html>

Ewigkeitskosten – Ewigkeitsgewinne: <http://www.neueenergie.net/ewigkeitskosten-ewigkeitsgewinne>

Ewigkeitskosten: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ewigkeitskosten>

[Ewigkeitskosten] Bittere Kohle – Steinkohlebergbau und die Folgen: <http://nrw-kohlefrei.de/?p=139>

[Ewigkeitskosten] KPMG-Studie: Ewigkeitskosten der Kohle betragen 13 Milliarden Euro - Unwägbare Risiken für Trinkwasser. <http://www.pressebox.de/pressemitteilung/verlagsgruppe-handelsblatt-gmbh-wirtschaftswoche/KPMG-Studie-Ewigkeitskosten-der-Kohle-betragen-13-Milliarden-Euro-Unwaegbare-Risiken-fuer-Trinkwasser/boxid/87142>

Feierschichten an der Ruhr. Kein Grund zur Aufregung, aber immerhin doch zu ernsten Überlegungen. Von Ingrid Neumann. In Die Zeit Nr. 9 / 27.02.1958 <http://www.zeit.de/1958/09/feierschichten-an-der-ruhr>

Feierschichten. Lohn der Angst. In: Der Spiegel Nr. 52 / 24.12.1958 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42621099.html>

Hennicke, Peter / Lechtenböhmer, Stefan (Hrsg.): Ist ein sozial- und klimaverträgliches Zukunftskonzept für die deutsche Kohle realisierbar? Vorstudie. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Wuppertal 1995. (Der Schlussteil der Studie ist auch veröffentlicht in: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 3/1995, S. 5 f.)

Hüttenvertrag: <http://de.wikipedia.org/wiki/Hüttenvertrag>

Jablonowsk, Harry W.: Mehr Transparenz und Ehrlichkeit in der Kohlepolitik. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 3/1995, S. 12 f.

Jahrbuch Stahl 2013, Band 1. Herausgeber Stahlinstitut VDEh, Wirtschaftsvereinigung Stahl, Verlag Stahleisen GmbH, Düsseldorf

Jahrhundertvertrag: <http://de.wikipedia.org/wiki/Jahrhundertvertrag>

Kohlehalden. Zaster für Zechen. Wie aus der Überproduktion eine nationale Kohlereserve geschaffen werden soll. In: Die Zeit Nr. 43 / 15.10.1976 <http://www.zeit.de/1976/43/zaster-fuer-zechen>

Kohlekompromiss wird umgesetzt. Von Lothar Kaiser Deutschlandfunk, 19.10.1999 http://www.deutschlandfunk.de/index.724.de.html?dram:article_id=97125

Kohlekrise: <http://de.wikipedia.org/wiki/Kohlekrise>

Kohlepfennig: Wirtschaftslexikon 24 <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/kohlepfennig/kohlepfennig.htm>

[Kohlepfennig] Energiepolitik: Gegen den Rest der Welt. Ein Rentner vom Niederrhein ist schuld am Problem der Regierung mit dem Kohlepfennig. Der Spiegel 13 / 27.03.1995 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9176268.html>

Lechtenböhrer, Stefan: Vorstellungen zur Rolle der deutschen Kohle im zukünftigen Energiesystem. Die Szenarien der Vorstudie des Wuppertal Instituts. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 3/1995, S. 10 f.

RAG Aktiengesellschaft: http://de.wikipedia.org/wiki/RAG_Aktiengesellschaft

RAG Deutsche Steinkohle AG: http://de.wikipedia.org/wiki/RAG_Deutsche_Steinkohle_AG

RAG-Stiftung: <http://de.wikipedia.org/wiki/RAG-Stiftung>

Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus: http://de.wikipedia.org/wiki/Rationalisierungsverband_des_Steinkohlenbergbaus

Ruhrbergbau, Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrbergbau>

Movie-Park Bottrop-Kirchhellen

Bavaria Film Park: http://de.wikipedia.org/wiki/Bavaria_Film#Bavaria_Film_Park

Movie Park Germany: http://de.wikipedia.org/wiki/Movie_Park_Germany

Traumlandpark Kirchhellen: <http://de.wikipedia.org/wiki/Traumlandpark>

New Park

Die New-Park-Idee: <http://www.ihk-nordwestfalen.de/wirtschaft/standortpolitik/analysen-und-positionen/positionen/zukunftsraum-nord-westfalen/newpark/die-newpark-idee/>

New Park – Innovationsstark für neue Industrie: <http://www.newpark.de/konzept/vision.html>

newPark: TOP-Standort für neue Industrie: <http://www.emscher-lippe.de/unsere-projekte/newpark.html>

newPark in den Rieselfeldern? Aktionsbündnis gegen die B 474n/B67n: <http://www.b474n.de/newpark/>

Newpark: Platz für Jobs im armen Norden des Ruhrgebiets. Ruhrbarone, 10.12.2013: <http://www.ruhrbarone.de/newpark-platz-fuer-jobs-im-armen-norden-des-ruhrgebiets/71533>

Rieselfelder stehen vor dem Verkauf Struktur verbessern, WAZ, 05.08.2007: <http://www.derwesten.de/staedte/unser-vest/rieselfelder-stehen-vor-dem-verkauf-struktur-verbessern-id2003668.html>

Unternehmen brauchen Fläche. Große Chance für eine ganze Region. von Dr. Eckhard Göske, erschienen im Wirtschaftsspiegel Februar 2009: <http://www.ihk-nordwestfalen.de/>

wirtschaft/standortpolitik/analysen-und-positionen/positionen/zukunftsraum-nord-westfalen/newpark/

Wissen, Markus: Ein Labor des Freien Marktes. Zur geplanten Sonderwirtschaftszone in der Emscher-Lippe-Region. In: Amos Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 4/1997, S. 13 f.

Siemens Gladbeck

<http://www.derwesten.de/staedte/gladbeck/siemens-hat-in-gladbeck-tiefe-wunden-hinterlassen-id4150192.html>

Anträge und Papiere der Linksfraktion im Bundestag / Die Linke

Texte, die hier ohne Angabe eines Links aufgeführt sind, finden sich zum Teil auf der Webseite von Ulla Lötzer der Linksfraktion im Bundestag: <http://www.linksfraktion.de/abgeordnete/ulla-loetzer/downloads/>

Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Hans-Kurt Hill, Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Löttsch und der Fraktion Die Linke: Ruhrkohle AG in eine Stiftung öffentlichen Rechts überführen – Börsengang verhindern. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/6392, 16. Wahlperiode, 19.09.2007. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/063/1606392.pdf>

Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dagdelen, Harald Koch, Ralph Lenkert, Dorothee Menzner, Richard Pitterle, Dr. Herbert Schui, Sabine Stüber, Dr. Axel Troost und der Fraktion Die Linke: Opel – Zukunftsfähige Arbeitsplätze statt Standortwettbewerb. Deutscher Bundestag Drucksache 17/1404 17. Wahlperiode 20.04.2010. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701404.pdf>

Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Matthias W. Birkwald, Ralph Lenkert, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Sabine Stüber, Dr. Axel Troost, Kathrin Vogler, Sahra Wagenknecht und der Fraktion Die Linke: Für einen geordneten und sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/3044, 17. Wahlperiode 28. 09. 2010. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/030/1703044.pdf>

Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Sahra Wagenknecht, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, Jutta Krellmann, Michael Schlecht und der Fraktion Die Linke: Beschäftigtenrechte bei Übernahmen und Fusionen stärken. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/3540, 17. Wahlperiode, 26.10.2010. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703540.pdf>

Lötzer, Ulla (MdB) / Zimmermann, Sabine (MdB): Krise der Automobilindustrie. Beschäftigung sichern, sozialökologisch Umsteuern. Diskussionspapier um Fachgespräch am 11. Februar 2009.

Lötzer, Ulla (MdB): Die Ursachen der Krise der Automobilindustrie. Positionspapier zu Opel vom 19.3.2009.

Lötzer, Ulla (MdB, Die Linke im Bundestag, Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit, Finanzen): Die Krise der Automobilindustrie, 10.03.2009.

Lötzer, Ulla (MdB, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung): Sozial-ökologischer Umbau der Industrie - Schwerpunkt Automobilindustrie, März 2010.

Lötzer, Ulla: Bausteine für eine industriepolitische Offensive der linken. Konversion, Zukunftsfonds und Wirtschaftsdemokratie. Standpunkte 19 / 2010 http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/2847/pdf/Standpunkte_19_2010.pdf

Lötzer, Ulla (MdB): Sozial-ökologische Umbauperspektiven in Politik und Gesellschaft. Diskussionsbeitrag zur Zukunftskonferenz "Fortschritt sozial-ökologisch gestalten" der Ar-

beiterkammer Linz am 12.Juni 2012. <http://www.linksfraktion.de/reden/sozial-oekologische-umbauperspektiven-politik-gesellschaft/>

Die Linke im Bundestag: Plan B. Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau. Ein Denkanstoß und eine Einladung zur Debatte. Mai 2013. <http://www.linksfraktion.de/themen/plan-b/>

Sander, Bernhard: Wachstumsfelder für die NRW-Wirtschaft. April 2015. Quelle: http://www.vorort-links.de/analysen_ansichten/detail/artikel/wachstumsfelder-fuer-die-nrw-wirtschaft/

Aufruf: Erneuerung Europas. Für eine gemeinsame sozial-ökologische Industriepolitik in Europa. <http://www.juergen-klute.eu/de/article/961.aufruf-erneuerung-europas-f%C3%BCr-eine-gemeinsame-sozial-%C3%B6kologische-industriepolitik-in-europa.html>

Weitere Literatur

Bitter, Karl.Heinz / Klute, Jürgen (Hg.): Dokumentation: Sozialkonferenz Herne 2002. Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Band 39. Lit Verlag, Münster 2002.

Böhmer, Hermann / Lürig, Eike / Utku, Yasemin / Zimmermann, Daniel (Hg.): Stadtentwicklung in Dortmund seit 1945. Von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissenschaftsstadt. Blaue Reihe – Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Band 135. Institut für Raumplanung, Dortmund 2010, 2. korrigierte Auflage.

Bömer, Hermann: Ruhrgebietspolitik in der Krise. Kontroverse Konzepte aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verbänden. Blaue Reihe – Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Band 101. Institut für Raumplanung, Dortmund 2000.

DGB NRW: Memorandum NRW 2020: Gute Arbeit - Nachhaltige Entwicklung. <http://nrw.dgb.de/nrw2020>

Harenberg, Bodo (Hg.): Chronik des Ruhrgebiets. Chronik-Verlag, Dortmund 1987 (Linzenzausgabe für die Bertelsmann Club-Ausgabe).

Hirsch, Nicola (Red.): Güterverkehr in Nordrhein-Westfalen / Hrsg.: DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1992.

Kersting, Volker / Meyers, Christian / Strohmeier, Klaus Peter / Terpoorten, Tobias: Die A 40 – Der Sozialäquator des Ruhrgebiets.

Naphtali, Fritz Perez: Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel. Hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1928. Neu aufgelegt 1966 durch die Europäische Verlagsanstalt EVA, Hamburg

Prosek, Achim / Schneider, Helmut / Wessel, Horst A. / Wetterau, Burkhard / Wiktorin, Dorothea (Hg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild. Emons Verlag, Köln 2009.

Stahlmann, Michael / Wendt-Kleinberg, Walter: Zwischen Engagement und innerer Kündigung. Fortschreitender Personalabbau und betrieblich Interaktionskulturen. Unter Mitarbeit von Irmgard Weyrather. Schriftenreihe Hans Böckler Stiftung. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2007.

Strohmeier, Klaus Peter: Die soziale Lage im nördlichen Ruhrgebiet. In: Bitter, Karl.Heinz / Klute, Jürgen (Hg.): Dokumentation: Sozialkonferenz Herne 2002. Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Band 39. Lit Verlag, Münster 2002, S. 33-52.

VIII. Autoreninfo

Jürgen Klute ist evangelischer Pfarrer und hat von 1986 bis 1989 in dem Projekt "Industrielle Arbeitswelt und Kirche" des Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt im Kirchenkreis Gladbeck-Bottrop-Dorsten (im Ruhrgebiet) gearbeitet. Von 1989 bis 2006 war er Leiter des Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne (Ruhrgebiet) und in dieser Funktion mit sozial-, regional-, struktur- und wirtschaftspolitischen Fragen befasst. Von 2001 bis 2006 war er Mitglied des Vorstandes des europäischen Netzwerkes des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (ECG). Von 2007 bis 2009 war Referent für Sozialethik an der Evangelischen Stadtakademie Bochum (Ruhrgebiet). Ab 2006 Mitglied des Vorstandes der WASG und später bis 2009 Mitglied des Vorstandes der Partei Die Linke. Von 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments und wirtschaftspolitischer Sprecher der GUE/NGL.